BUNDESMINISTERIUM für WIRTSCHAFT und ARBEIT

ARBEITSMARKTMONITORING 2007

mit dem Data Warehouse des Arbeitsmarktservice

APF team Analyse Prognose Forschung Sektion Arbeitsmarkt

esf

AMS

www.bmwa.gv.at

Dieser Bericht sowie eine ausführliche Zusammenstellung von Arbeitsmarktdaten und ein Kurzbericht zur aktuellen Entwicklung am Arbeitsmarkt sind auch unter folgenden Adressen verfügbar:
http://www.bmwa.gv.at/BMWA/Themen/Arbeitsmarkt/Arbeitsmarktpolitik/default.htm

Ausführliche Standardtabellen zur Arbeitslosigkeits- und Beschäftigungsentwicklung in Österreich (BALI) finden sie ferner unter der Web-Adresse: http://bali.bmwa.gv.at/index.aspx

Redaktion: Sektion II des BMWA, APF-TEAM
VerfasserInnen: Eva Auer, Dagmar Brandstätter, Andreas Buzek, Hannes Edlinger,
Claudia Friedenthal, Marlies Gatterbauer, Karin König, Nicole Nemecek,
J. Ernst Oberklammer (AMS Österreich), Barbara Zajic (AMS Österreich),
Manfred Zauner

Design und Layout: Claudia Goll (BMWA, IK/2b)

Wien, November 2008

INHALT

1 EINFÜHRUNG 1

Das AMS Data Warehouse und das DWH-Monitoring 2007/08 – neue Entwicklungen und Ausblick 1

2 VERBLEIBSMONITORING 7

Analyse der Umsetzung und der arbeitsmarktpolitischen Effektivität der Qualifizierungsoffensive „Metallfachkräfte“ 7

3 KARENZMONITORING 19

Karenzmonitoring 2000-2007 19

4 ERWERBSKARRIERENMONITORING 25

4.1 Einkommensentwicklung und Dienstgeberwechsel 2006 25

4.2 Gesundheitliche Beeinträchtigungen im Erwerbskarrierenmonitoring 31

4.3 Formale Qualifikation nach dem Erwerbskarrierenmonitoring 35

4.4 Personen mit Migrationshintergrund 38

4.5 Branchentreue im Tourismus 43

1 Einführung

Das AMS Data Warehouse und das DWH-Monitoring 2007/08 – neue Entwicklungen und Ausblick

Seit 1998, dem Beginn des „Data Warehousings“ im Arbeitsmarktservice (AMS), wird dieses schrittweise in Umfang („Themen“ und Daten), Tiefe (Details) und Komplexität (Verknüpfungen) in einem permanenten Prozess ausgebaut und ist damit inzwischen integraler Bestandteil für Management und MitarbeiterInnen in allen Geschäftsbereichen und auf allen Wirkungsebenen des AMS. Dazu kommen - als "Ableger des DWH" noch die Bereitstellung umfangreicher Daten via Internet für die Öffentlichkeit und die Entwicklung der Arbeitsmarktdatenbank für Forschungsinstitutionen. Mit über 1 Millionen Web-Zugriffe pro Jahr, mit der Möglichkeit der "Verknüpfbarkeit der Daten untereinander" und der raschen und vergleichsweise komfortablen Abrufbarkeit der Information, ist das Data Warehouse (DWH) von AMS und BMWA die Grundlage für eine umfassende und durchgängige Business Intelligence Landschaft geworden. Im Jahr 2008 konnte somit **„10 Jahre DWH im AMS“** gefeiert werden.

2007 wurde zudem mit der **Software-Umstellung auf Cognos Series 8 BI (“C8“) im Data Warehouse** ein wichtiger Fort-schritt im Sinne der Web-Strategie des AMS realisiert. Alle Anwendungen wurden voll browserfähig, auch die Detailabfragen auf relationalen Datenbanktabellen – Analysis Studio, Query Studio und Report Studio heißen nun die neuen Cognos Werkzeuge für Datenanalysen und Reporting. Für diese Weiterentwicklung mussten rund 1.000 Datenwürfel umgestellt und ca. 500 Berichte neu erstellt werden, dazu kamen Schulungen für 1.000 NutzerInnen und die Adaptierung der Dokumentationen. Seit Anfang 2008 lukrieren damit die MitarbeiterInnen von AMS und BMWA die Übersichtlichkeit und Einheitlichkeit sowie die neuen Funktionalitäten von C8 (beispielweise das C8-Portal Cognos Connection) während aus technischer Sicht die Probleme beim "Roll-out" von Software zumindest im DWH-Umfeld damit der Vergangenheit angehören.

Innerhalb des Data Warehouses von AMS und BMWA spielt das Monitoring (MON) seit Produktivsetzung des ersten Moduls (Verbleibsmonitoring, 2003) eine herausragende Rolle – sowohl in seiner konzeptiven Vorbildwirkung als auch in seiner strategischen und operativen Rolle.[1]

Für den im AMS gewählten Steuerungsansatz – Management by Objectives – wird via DWH die Planung und Zielquantifizierung als auch das Controlling durchgeführt (arbeitsmarktpolitische Ziele und Balanced ScoreCard/AMS ScoreCard). Die MON-Daten (Verknüpfung von Daten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger (HV) und des AMS und einiger

[1] Für eine ausführlichere Grundlagenbeschreibung der Struktur und Anwendungsgebiete des DWH Monitoring siehe den Vorgängerbericht „Arbeitsmarktmonitoring 2004 mit dem Data Warehouse des Arbeitsmarktservice“ vom März 2005; Weblink: http://www.bmwa.gv.at/NR/rdonlyres/A27900B8-F336-42DE-84BD-AA6B8A06ADC0/0/Arbeitsmarktmonitoring2004.pdf

spezieller Informationen der Versicherungsträger) spielen hier eine entscheidende Rolle[2], da nur damit z.B. der Einschaltgrad (bei offenen Stellen und Stellenbesetzungen) oder der Anteil von Arbeitsaufnahmen verschiedener Kundengruppen des AMS ermittelt werden können; oder, im Konzept direkt vom Monitoring übernommen, die Effektivität von Schulungen sowie die Analyse der Nachhaltigkeit der Arbeitsaufnahmen von SchulungsabgängerInnen. Die hierbei gewonnenen differenzierten Informationen kommen somit über die verbesserte Maßnahmengestaltung direkt oder indirekt wieder den KundInnen des AMS zugute. Aber auch die MitarbeiterInnen des AMS profitieren davon, da eine feed back-Schleife ins operative AMS-System eingerichtet wurde, indem die im DWH „angereicherten" Daten - Verknüpfungen und Rückspielungen wie beispielsweise die Information über die wirtschaftliche Tätigkeit NACE für die Personenstammdaten (PST) und die Betriebsstammdaten (BTR), den Wiedereinstieg, Langzeitbeschäftigungslosigkeit oder die „Countdown-Indikatoren" für die Arbeitsaufnahme nach Förderung - als abfragbare Informationen in die administrativen Verwaltungssysteme übertragen werden.

Der Ansatz des Monitorings – Verknüpfung verschiedener Datenquellen und Aufbereitung für Längsschnittauswertungen –, und die MON-Daten selbst, werden nach den arbeitsmarktpolitischen AMS Jahreszielen inzwischen auch in zwei weiteren Kernbereichen des AMS im DWH angewendet: im SfA (Service für Arbeitsuchende) für die Erfolgsmessung von allgemeinen Interventionen (Beratung, Vermittlungsvorschlag, etc.) und im SfU (Service für Unternehmen) für die Erhebung des relativen Erfolgs bei Stellenakquisitionen vor und nach Betriebsbesuchen.

Die **DWH Auswertungen zu Beratung, Vermittlung und Service** des Bereichs Service für Arbeitssuchende konnten nach einer einjährigen Entwicklungsarbeit im Herbst 2007 fertig gestellt werden. Damit konnte der letzte Kernbereich der kundenorientierten AMS Aufgabengebiete in das DWH integriert werden. Die Auswertungsmöglichkeiten auf Würfelebene betreffen die Analyse von Geschäftsfällen und Interventionen samt Verbleibsmonitoring, die Auswertung der Betreuungsverläufe in den AMS KundInnenzonen, Betreuungspläne und das AMS Vermittlungsgeschehen.

Das Monitoring im AMS DWH stand im Jahr 2008 im Zeichen der „Konsolidierung", das bedeutet, das die Auswertungslogiken auf Würfelebene weitgehend konstant gehalten und nur vergleichsweise kleinere Modifizierungen vorgenommen wurden. Hinter dieser für die NutzerInnen kaum veränderten Oberfläche verstecken sich aber zwei große, miteinander verbundene technische Umstellungsprojekte, nämlich die Implementierung der ÖNACE 2008 und die neue Datenschnittstelle des Hauptverbands betreffend Unternehmensdaten. Der Hauptverband stellte mit Jahreswechsel

[2] Die Datenverknüpfungen erfolgen in anonymisierter Form, die Anonymisierung wird durch einen speziellen EDV-Dienstleister vorgenommen.

2007/2008 seine zentrale Dienstgeberkontodatei auf die Zentrale Partnerverwaltung (ZPV) um. Damit verbunden wurde auch die Zuweisung der ÖNACE an den „Partner“ (das Unternehmen) nunmehr auf die Information des Unternehmensregisters der Bundesanstalt Statistik Österreich umgestellt. Im AMS DWH und in den AMS Applikationen wurde die Umstellung einerseits nachvollzogen und andererseits für viele DWH Auswertungen – wie auch das Monitoring - eine ÖNACE 2008 Rückrechnung für die Jahre vor 2008 vorgenommen.

Das Monitoring steht somit paradigmatisch für den informationsbezogenen „Klimawandel“ bei der Einführung eines DWH in einer Organisation: vom „Daten sind nicht vorhanden oder nur längerfristig ermittelbar“ zu „Information ist im DWH abfragbar oder zumindest vergleichsweise rasch ins DWH integrierbar“, - vom Zustand des „nicht machbar“ zur Dynamik des „bedarfsorientierten Ausbaus“.

Verbleibsmonitoring

Die zentrale Erweiterung im Verbleibsmonitoring ergab sich – wie bereits angesprochen – durch das standardisierte, aggregierte Geschäftsfallmonitoring bei den Arbeitssuchenden. Wobei ein „Geschäftsfall“ im Kern die Vormerkepisode einer Person ist, wobei diese Episode durch Schulungsteilnahmen und kurzfristige (bis zu 62 tätige) Vormerkunterbrechungen nicht unterbrochen wird.

Einige Berechnungen für den Verbleibsmonitoring „Hauptindikator“, die zentrale Dimension für die Evaluierung des Arbeitsmarkterfolgs, wurden im Detail verbessert. Mittels Einbindung der monatlichen Datenlieferung der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (SVA) werden selbständige Beschäftigungsverhältnisse zeitnaher erfasst, was vor allem für die Analyse des Unternehmensgründungsprogramms relevant ist. Ferner erfolgten geringfügigere Anpassungen in der Hierarchie der Berechnungsregeln für den Hauptindikator, die insbesondere bei der Erfassung von Nebenerwerbslandwirten und von Personen in Rehabilitationsmaßnahmen Auswirkungen zeigten.

Mit dem Jahr 2008 wurden zusätzliche Differenzierungen wie der „Probemonat“ bei der Dimension „Teilnahmedauer“ oder das Merkmal (Dimension) „Übertrittsgefährdet“ bei den Auswertungen von TAS (TeilnehmerInnen-Administrations-System)-AbsolventInnen integriert.

Wobei die Dimensionsebene „Probemonat“ insbesondere als Filter für Personen in Maßnahmen verwendet werden kann, die innerhalb der ersten 35 Tage aus der Maßnahme ausscheiden. Dieser Auswahlprozess innerhalb eines Probezeitraums ist insbesondere für den Bereich der Gemeinnützigen Arbeitskräfteüberlassung relevant.

Für Auswertungen der Maßnahmen/Veranstaltungen wurde die Dimension „Maßnahme“ mit Verfeinerungen von der Maßnahmen-Nummer bis zur Veranstaltung eingeführt.

Erwerbskarrierenmonitoring und Arbeitsmarktdatenbank

Als weitere neue Datenquelle wurde ab Herbst 2007 auch die Mitversichertendatei des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger nutzbar gemacht, womit einerseits bislang nicht im Monitoring integrierte (Mit-)Versicherungszeiten von Jugendlichen und im Haushalt tätiger Personen erfasst werden, als auch – wenn sich die verfügbare Zeitreihe verlängert – zusätzliche Informationen für das Personenmerkmal „Migrationshintergrund“ erwartbar sind.

Ebenso mit Herbst 2007 wurden folgende direkten Personenmerkmale ins Erwerbskarrierenmonitoring integriert werden (die Datenaufbereitung erfolgt hierbei bis auf den Wohnort durch ein externes Institut).

- Wohnort (insbesondere relevant bei den Beschäftigten; über die Zustelladressen der Versicherungsträger bzw. AMS Information)
- Versorgungspflicht (über spezielle HV-Versicherungscodes und AMS Leistungsbezüge)
- Gesundheitliche Beeinträchtigung (über spezielle HV-Versicherungscodes und AMS Leistungsbezüge bzw. Beihilfen oder -Codierungen)
- Migrationshintergrund (über Staatsbürgerschaft bzw. Staatsbürgerschaftswechsel in den HV oder AMS Daten)

Als weitere spezielle Einkommensinformation erfolgte die explizite Integration diverser Leistungsarten und Höhen (über die Tagsätze) der Arbeitslosenversicherung in das Erwerbskarrierenmonitoring. Im Erwerbskarrieren-Statuswechsel-Würfel (mon_erwerb_chg) gibt es seit 2007 nun auch die Dimension „ALV-Leistungsart vorher“ sowie eine „Änderung der Bezugshöhe“ („fallend“, „gleich bleibend“, „steigend“) und die entsprechenden Kennzahlen (wie etwa „DS ALV Tagsatz vorher“).

Den Kundinnen und Kunden der Arbeitsmarktdatenbank des Arbeitsmarktservice Österreich und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (https://arbeitsmarktdatenbank.at) wurden die Informationen zu Versorgungspflicht und Migrationshintergrund sowie die Mitversichertendatei auch in den anonymisierten Mikrodatensätzen für Forschungszwecke zur Verfügung gestellt, die Wohnortinformation in anonymisierter und vergröberter Form (Arbeitsmarktbezirke).

Betriebsmonitoring

Das Betriebsmonitoring wird im Arbeitsmarktservice sowohl strategisch als auch operativ vom Service für Unternehmen genutzt. Im Betriebsmonitoring wird konzeptiv das Arbeitsmarktgeschehen aus der Perspektive der Unternehmenseinheiten erfasst und dargestellt, beispielsweise über branchenspezifische Fluktuationskennzahlenauswertungen etc.

Als Beschränkung für das Arbeiten mit den Hauptverbandsdaten stellte sich von Anbeginn des Monitorings das Konzept der Dienstgeberkonten des HV heraus. Eine steuerrechtlich oder funktional als Unter-

nehmen zu qualifizierende Wirtschaftseinheit kann ein oder mehrere (echte) Dienstgeberkonten aufweisen, auf die beispielsweise unselbständige Beschäftigungsverhältnisse gebucht werden. Die Verbindung der Dienstgeberkonten zu Unternehmenseinheiten und die Verknüpfung der HV-Informationen mit der AMS Betriebsapplikation (BTR) war die zentrale Herausforderung, da diese Information seitens des HV erst mit dem Zentralen Partnerkonzept ab 2008 ansatzweise zur Verfügung steht.

Mit Ende 2007 wurden die Betriebsmonitoring Auswertungsmöglichkeiten um den Unternehmensbegriff der Bundesanstalt Statistik Österreich, die KZU („Unternehmens-Kennzeichen“) des STATA-Unternehmensregisters, erweitert. Hierbei handelt es sich um diejenige Zusammenfassung von HV-Dienstgeberkonten zu „Unternehmen“ (nach steuerlichen Kriterien), die auch vom HV im Partnerkonzept weitestgehend übernommen wurde. Diese Zusatzinformation spiegelt sich im DWH verarbeitet in ausgewählten Dimensionen und Kennzahlen wider. Fragen nach der Anzahl der Unternehmen nach Region, Größe und Branche können damit exakter beantwortet und auch administrative Ummeldungen noch schärfer eingegrenzt werden.

2 Verbleibsmonitoring

Analyse der Umsetzung und der arbeitsmarktpolitischen Effektivität der Qualifizierungsoffensive „Metallfachkräfte“ (Programmjahr 2007/08)

Im Sinne der zentralen arbeitsmarktpolitischen Zielsetzung eines nachhaltig wirksamen Zusammenführens von Arbeitskräfteangebot und –nachfrage haben fachliche Qualifizierungen des AMS in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen und werden seit 2007 auch verstärkt als Instrument zur Verringerung eines sektoral und regional auftretenden Fachkräftemangels eingesetzt. Mittels einer tiefer gehenden Analyse von Förder- und Verbleibsdaten der TeilnehmerInnen an der Qualifizierungsoffensive „Metallfachkräfte“ im ersten Programmjahr (Eintritte von 1.7.2007 bis 30.6.2008) soll ein Beitrag zur Beantwortung folgender Fragestellungen geleistet werden:

- Welche Segmente der beim AMS vorgemerkten Lehrstellen- und Arbeitssuchenden wurden bislang in dieses speziellen Schwerpunktprogramm einbezogen und inwieweit wurde dabei gemäß den Zielvorgaben auf das Potenzial von Personen mit Migrationshintergrund zurückgegriffen?
- In welchem Ausmaß kann mit diesen auf bestimmte Fachbereiche konzentrierten Qualifizierungen unter den aktuell schwierigen konjunkturellen Bedingungen kurzfristig zur Verbesserung individueller Beschäftigungschancen beigetragen werden und welche Differenzierungen nach soziodemographischen Merkmalen lassen sich dabei feststellen?

Den Ausführungen zu den Analyseergebnissen wird eine kurze Darstellung wesentlicher Rahmenbedingungen und Vorgaben dieses Fachkräfteprogramms im Metall- und Elektrobereich vorangestellt.

2.1. Programmvorgaben

Zur besseren Abdeckung des zusätzlichen Fachkräftebedarfs aus dem am heimischen Arbeitsmarkt verfügbaren Arbeitskräftepotenzial führt das AMS im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit die Qualifizierungsoffensive „Metallfachkräfte“ durch. Zielvorgabe dieses Programms war bzw. ist es, im Zeitraum von 1.7.2007 bis 30.6.2008 und von 1.7.2008 bis 30.6.2009 jeweils 10.000 Fachkräfte in ausgewählten Berufssegmenten im Metall- und Elektrobereich[3] auszubilden und somit das bisherige jährliche Aktivitätsniveau von ca. 5.000 zu verdoppeln. Die Qualifizierungsoffensive umfasst zum einem Ausbildungen mit Lehrabschluss und zum anderen Anlern- und Höherqualifizierungen. Gemäß den Plan-

[3] In die Qualifizierungsoffensive werden folgende Bereiche der AMS-Berufssystematik einbezogen : 18-Eisen-, Metallgewinner/innen, Walzer/innen, Gießer/innen; 19-Schmied(e)innen, Schlosser/innen, Werkzeugmacher/innen; 20-Maschineneinrichter/innen, Berufe der maschinellen Metallbearbeitung; 21-Spengler/innen, Rohrinstallateur(e)innen, Metallverbinder/innen; 22-Mechaniker/innen und verwandte Berufe, Schmuckwarenmacher/innen; 23-Übrige Metallwarenmacher/innen, Metalloberflächenveredler/innen; 24-Elektriker/innen.

vorgaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit sollten in diese beiden Qualifizierungsformen pro Programmjahr jeweils 2.000 und 8.000 TeilnehmerInnen einbezogen werden.[4] Die Maßnahmen werden im Rahmen von AMS-Kursen, individuellen Kurskostenförderungen am „externen" Bildungsmarkt und Implacementstiftungen durchgeführt. Zielgruppe sind vorgemerkte Arbeitslose sowie auch Lehrstellensuchende, wobei insbesondere auch niedergelassene Personen mit Migrationshintergrund zu berücksichtigen sind.

2.2 Umsetzungsstand im Programmjahr 2007/08

Im Programmjahr 2007/08 (Eintritte von 1.7.2007 bis 30.6.2008) haben bis Mitte November 2008 7.921 bereits eine Maßnahme der Qualifizierungsoffensive absolviert und 1.641 Personen waren zu diesem Zeitpunkt noch in einschlägigen Ausbildungen. 2.709 oder etwa 30% der Geförderten besuchen oder besuchten eine Maßnahme mit Lehrabschluss, während rund 6.846 Personen an einer sonstige Aus- oder Weiterbildung teilnehmen bzw. teilnahmen. Insgesamt beträgt die Zahl der Personen in noch laufenden und bereits absolvierten Qualifizierungen 9.057[5].

Mehr als drei Viertel aller TeilnehmerInnen konzentrieren sich auf die vier Bundesländer Wien (25%), Niederösterreich (21%), Steiermark (18%) und Oberösterreich (13%), wobei hier regional mitunter durchaus unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt wurden: So wurden etwa in Wien fast die Hälfte aller TeilnehmerInnen in Maßnahmen mit Lehrabschluss einbezogen, während in Kärnten rund 90% der ProgrammteilnehmerInnen in sonstigen Aus- und Weiterbildungen qualifiziert wurden.

Die Planvorgaben bezüglich der GesamtteilnehmerInnen konnten im Programmjahr 2007/08 in einigen Bundesländern wie Vorarlberg (48 %), Salzburg (59 %) oder Niederösterreich (73%) klar nicht erreicht werden. Tirol, Burgenland, Steiermark, Kärnten weisen zumindest einen Zielerreichungsgrad zwischen 80 und 90% auf. Nur Wien konnte das Aktivitätsziel fast zu 100% und Oberösterreich sogar zu ca. 108% erfüllen. Die zum Teil deutlichen Abweichungen von den ursprünglichen Planungen wurden von den betroffenen Landesgeschäftsstellen vorrangig mit Problemen bei der Rekrutierung geeigneter TeilnehmerInnen begründet. Die in den einzelnen Maßnahmenbereichen „Ausbildungen mit Lehrabschluss" und „sonstigen Aus- und Weiterbildungen" im Vergleich

[4] Die Detailplanungen das Arbeitsmarktservice für das Programmjahr 2007/08 sahen 2.693 TeilnehmerInnen in Ausbildungen mit Lehrabschluss sowie 7.893 TeilnehmerInnen in sonstigen Qualifizierungen vor. Für das Programmjahr 2008/09 sind für die beiden Qualifizierungstypen 2.394 bzw. 7.466 TeilnehmerInnen geplant. Für das Programmjahr 2007/08 wurden Gesamtkosten (träger- und personenbezogene Kosten) von rund 70 Mio.€ und für das Programmjahr 2008/09 von rund 74 Mio.€ veranschlagt

[5] Offensichtlich gibt es sowohl zwischen der Gruppe der noch in Ausbildung befindlichen TeilnehmerInnen und den MaßnahmenabsolventInnen als auch zwischen den TeilnehmerInnen an Maßnahmen mit Lehrabschluss und denen an sonstigen Aus- und Weiterbildungen einige Überschneidungen, weshalb die Summe der jeweiligen Teilmengen auch über den Gesamtwert von 9.057 liegt.

zum Gesamtergebnis höhere Planerfüllungsquote erklärt sich dadurch, dass ca. 500 Personen an Qualifizierungen beider Art teilgenommen haben.

lichen MaßnahmenteilnehmerInnen hier v.a. die FacharbeiterInnenintensivausbildung sowie der Maßnahmenbereich der überbetrieblichen Lehrausbildung quantitativ von Bedeutung ist.[6] Im Gesamtprogramm deutlich unterrepräsentiert sind dagegen Personen ab 45 Jahren. Sie stellten bei den Geförderten nämlich „nur" einen Anteil von 13,5%, während der Durchschnittsbestand der Arbeitslosen des Jahres 2007 sich zu ca. 31,5 % aus Personen dieser Altersgruppe zusammensetzte.

Plan-Ist-Vergleich der ProgrammteilnehmerInnen (Anzahl Personen) im Ausbildungsjahr 2007/2008 nach Bundesland und Maßnahmenart

	Ausbildungen mit Lehrabschluss			sonstige Aus- und Weiterbildung			insgesamt		
	PLAN	IST	IST/PLAN	PLAN	IST	IST/PLAN	PLAN	IST	IST/PLAN
Burgenland	136	221	162,5%	512	344	67,2%	648	541	83,5%
Kärnten	70	46	65,7%	450	437	97,1%	520	469	90,2%
Niederösterreich	611	370	60,6%	2.071	1.677	81,0%	2.682	1.947	72,6%
Oberösterreich	236	307	130,1%	1.075	1.145	106,5%	1.311	1.412	107,7%
Salzburg	115	39	33,9%	180	138	76,7%	295	174	59,0%
Steiermark	457	525	114,9%	1.348	1.201	89,1%	1.805	1.623	89,9%
Tirol	92	68	73,9%	313	280	89,5%	405	337	83,2%
Vorarlberg	106	62	58,5%	444	204	45,9%	550	262	47,6%
Wien	870	1.072	123,2%	1.500	1.423	94,9%	2.370	2.296	96,9%
Österreich	**2.693**	**2.710**	**100,6%**	**7.893**	**6.849**	**86,8%**	**10.586**	**9.057**	**85,6%**

Stand der Daten: November 2008

Struktur der ProgrammteilnehmerInnen

Die Analyse der Alterstruktur der TeilnehmerInnen zeigt eine deutliche Schwerpunktsetzung im Jugendlichenbereich. So sind insgesamt etwa 4 von 10 Geförderten jünger als 25 Jahre. Diese Altersgruppe ist im Programm etwa im Vergleich zur Arbeitslosenpopulation (ohne Lehrstellensuchende), wo sie innerhalb des Durchschnittsbestands des Jahres 2007 einen Anteil von rund 15,8% hatte, deutlich überrepräsentiert. Dies gilt insbesondere für die Ausbildungen mit Lehrabschluss, wo rund 1.600 von ca. 2.700 bzw. 61% der TeilnehmerInnen nicht älter als 25 Jahre sind, wobei mit ca. 1.100 und 400 jugend-

Entsprechend der inhaltlichen Ausrichtung auf einem klar männerdominierten Berufsbereich ist auch der erzielte Frauenanteil mit 18,7% verhältnismäßig niedrig. Rund jede zweite der insgesamt ca. 1.700 Teilnehmerinnen an der Fachkräfteoffensive wurde im Rahmen des FIT-Sonderprogramms[7] qualifiziert. Deutlich höhere Frauenanteile konnten nur im Rahmen von

[6] Während bei den primär auf SchulabgängerInnen ausgerichteten Lehrgängen in überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen erwartungsgemäß 95% der Geförderten nicht älter als 19 Jahre alt sind, gehören ca. 61% aller jugendlichen TeilnehmerInnen an Facharbeiterintensivausbildungen zur Altersgruppe der 20 bis 24-Jährigen.

[7] Programm zur Förderung von Qualifizierungen für Frauen in den Bereichen Handwerk und Technik bzw. in einschlägigen Berufen mit geringen Frauenanteilen.

Implacementstiftungen (v.a. auch bei der Unterstützung der Vorbereitung auf die Lehrabschlussprüfung) erzielt werden.

Rund jede/r vierte Teilnehmer/in wies vor Programmeintritt das Merkmal der Langzeitbeschäftigungslosigkeit[8] auf und war somit bereits über ein Jahr nicht mehr dauerhaft ins Erwerbssystem integriert. Mit rund 50% deutlich überdurchschnittlich ist dieser Prozentsatz bei TeilnehmerInnen an FacharbeiterInnenintensivausbildungen, ein Instrument das offensichtlich bevorzugt bei Personen nach längeren Abwesenheit vom Arbeitsmarkt eingesetzt wurde.

wurde daher die im Rahmen des AMS-Datawarehouse vorhandene Kategorie der „Personen mit Migrationshintergrund", der im Wesentlichen Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft und ÖsterreicherInnen mit einem Staatsbürgerschaftswechsel zugeordnet werden[9], auf die TeilnehmerInnen an dem Fachkräfteprogramm angewendet. Demnach konnte im Programmjahr 2007/08 ein beträchtlicher Teil der MaßnahmenteilnehmerInnen aus dem Potenzial der Personen mit Migrationshintergrund rekrutiert werden: 19,1 % derjenigen, die in eine Qualifizierungsmaßnahme eingetreten sind oder sie bereits absolviert haben, waren AusländerInnen. Dazu kommen noch 13,4 % der Geförderten, die zwar mittlerweile ÖsterreicherInnen sind, im Verlauf ihrer Karriere aber einen Staatsbürgerschaftswechsel vollzogen haben. Das bedeutet, dass mehr oder weniger jede dritte qualifizierte Person (ca. 32,5%) einen Migrationshintergrund aufweist, wobei dieser Anteil bei den sonstigen Aus- und Weiterbildungen mit 34,6% leicht über und bei Qualifizierungen mit Lehrabschluss mit 26,9% etwas deutlicher

Struktur der TeilnehmerInnen der Qualifizierungsoffensive für Metallfachkräfte im Vergleich zur Arbeitslosenpopulation im Jahresdurchschnitt 2007

	Anzahl TeilnehmerInnen	Frauenanteil	bis < 25 Jahre	25 bis 44 Jahre	45 Jahre und älter	Anteil LZBL
TN Qualifizierungsoffensive	9.057	18,7%	39,5%	47,3%	13,5%	24,6%
	Jahresdurchschnitts-bestand					
Vorgemerkte Arbeitslose im Jahresdurchschnitt 2007	222.248	44,1%	15,8%	52,7%	31,5%	18,4%

Stand der Daten: November 2008

Zielgruppe der Personen mit Migrationshintergrund

Eine interessante Frage ist, inwieweit es gelungen ist, die Programmvorgabe der verstärkten Einbeziehung von Personen mit Migrationshintergrund in die Qualifizierungsoffensive zu erfüllen. Mit der Dimension „Nationalität" (Unterscheidung zwischen österreichischer und nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft etc.) kann nur ein Teil dieser Zielgruppe erfasst werden. Im Rahmen einer Sonderauswertung

[8] Personen, die mehr als 365 Tage beschäftigungslos waren, also arbeitslos, Lehrstellen suchend oder Schulungsteilnehmer/in waren und bei denen die verkettete Zeit dieser Episoden nicht länger als 62 Tage unterbrochen wurde.

[9] In dieser Kategorie nicht erfasst sind im Wesentlichen Personen, die zwar einen Migrationshintergrund haben, seit Geburt aber eine österreichische Staatsbürgerschaft aufweisen, was nach vorliegenden Schätzungen bei etwa 15% der Angehörigen der 2. Generation der Fall sein soll.

Anteile von Personen mit Migrationshintergrund an den TeilnehmerInnen im Programmjahr 2007/2008 nach Alter und Geschlecht und Maßnahmenart	
	Anteil Personen mit Migrationshintergrund
unter 25-Jährige	27,1%
25 bis 44-Jährige	36,5%
45 Jahre und älter	33,8%
Frauen	22,7%
Männer	34,7%
Ausbildungen mit Lehrabschluss	26,9%
sonstige Aus- und Weiterbildung	34,6%
insgesamt	**32,5%**
Stand der Daten: November 2008	

unter dem Gesamtniveau liegt. Mit rund 23% und etwa 27% deutlich unterdurchschnittlich vertreten sind Personen mit Migrationshintergrund vor allem auch bei den Frauen und bei den Jugendlichen.

Die Anteile dieser Zielgruppe variieren je nach Bundesland verhältnismäßig stark. Auffallend hoch waren sie in Oberösterreich und Salzburg, die mit rund 46% und 44% noch vor Wien (42%) liegen, wo die AMS-KundInnenstruktur generell in einem relativ hohen Ausmaß von diesem speziellen Personenkreis dominiert wird. Demgegenüber stehen Bundesländer wie Burgenland, Kärnten, Steiermark oder Niederösterreich, wo sich die Anteile der Personen mit Migrationshintergrund lediglich zwischen ca. 17 und 25% bewegen. Beachtung verdient dabei vor allem Oberösterreich, dem es nicht zuletzt dank einer besonders wirksamen Aufschließung dieser Personengruppe durch eine Reihe von nicht nur im Rahmen des Metallerprogramms eingesetzten Maßnahmen[10] als einzigem Bundesland gelungen ist, die vorgegebenen Aktivitätszielen im Programmjahr 2007/08 zu übererfüllen.

Anteile von Personen mit Migrationshintergrund an den TeilnehmerInnen im Programmjahr 2007/2008 nach Bundesländern	
	Anteil Personen mit Migrationshintergrund
Burgenland	16,5%
Kärnten	22,3%
Niederösterreich	25,2%
Oberösterreich	45,7%
Salzburg	44,0%
Steiermark	23,8%
Tirol	29,7%
Vorarlberg	37,3%
Wien	41,5%
Österreich	**32,5%**
Stand der Daten: Juni 2008	

[10] Als Beipiele dafür können der fachlichen Qualifizierung gezielt vorgeschaltene Deutschkurse oder speziellen Bildungsberatungsangebote für MigrantInnen angeführt werden.

Dropout-Quoten

Von insgesamt 11.096 eingetretenen TeilnehmerInnen haben nach aktuellem Datenstand 2.560 Personen eine Maßnahme abgebrochen, was eine Dropoutrate[11] von rund 22% ergibt. Die regionale Differenzierung zeigt, dass es insbesondere in Oberösterreich (14%) und Tirol (ca. 16%) gelungen ist, deutlich unterdurchschnittliche Abbruchsquoten zu erreichen. Der Anteil der Dropouts ist bei Maßnahmen mit Lehrabschluss mit rund 25% etwas höher als bei sonstigen Aus- und Weiterbildungen (ca. 20%), wobei diese maßnahmenspezifischen Anteile der AbbrecherInnen sehr starke regionale Unterschiede aufweisen (siehe Tabelle).

Die Dropoutanteile weisen auch relativ deutliche altersspezifische Differenzierungen auf. So ist die Abbruchsquote bei Personen bis 25 mit rund 26% relativ hoch, während sie bei Personen ab 45 mit ca. 14,7% auf einem klar unterdurchschnittlichen Niveau liegt. Auch weibliche MaßnahmenteilnehmerInnen sind im untersuchten Zeitraum etwas häufiger als Männer vorzeitig aus dem Programm ausgestiegen (23,8 zu 21,6%). Bemerkenswert sind die niedrigeren Dropoutraten bei den Langzeitbeschäftigungslosen und Personen mit Migrationshintergrund (beide ca. 20%).

Drop Out Quoten nach Bundesländer und Maßnahmentyp

	insgesamt	Ausbildungen mit Lehrabschluss	sonstige Aus- und Weiterbildungen
Burgenland	23,9%	21,4%	24,3%
Kärnten	25,3%	21,8%	25,1%
Niederösterreich	24,6%	33,3%	21,2%
Oberösterreich	14,0%	15,7%	13,5%
Salzburg	20,7%	26,4%	19,1%
Steiermark	22,6%	16,9%	23,5%
Tirol	16,1%	23,3%	13,6%
Vorarlberg	26,1%	18,7%	28,0%
Wien	23,2%	28,1%	16,6%
Österreich	**22,0%**	**25,0%**	**19,7%**

Stand der Daten: November 2008

Drop Out Quoten im Programmjahr 2007/08 nach Geschlecht, Alter, LZBL

	Gesamt	Frauen	Männer	bis < 25 Jahre	25 bis 44 Jahre	45 Jahre und älter	Migrations-hintegrund	Anteil LZBL
Dropoutquote	**22,0%**	23,8%	21,6%	25,9%	20,4%	14,7%	20,2%	20,0%

Stand der Daten: November 2008

[11] Nachdem es auch zwischen der Gruppe der AbbrecherInnen und jenen Personen, die bereits eine Maßnahme absolviert oder noch in Ausbildung sind, zu Überschneidungen kommt, wurde die Dropoutquote wie folgt berechnet: AbbrecherInnen/Summe von AbbrecherInnen + Absolventinnen und/oder noch in Ausbildung Befindlichen.

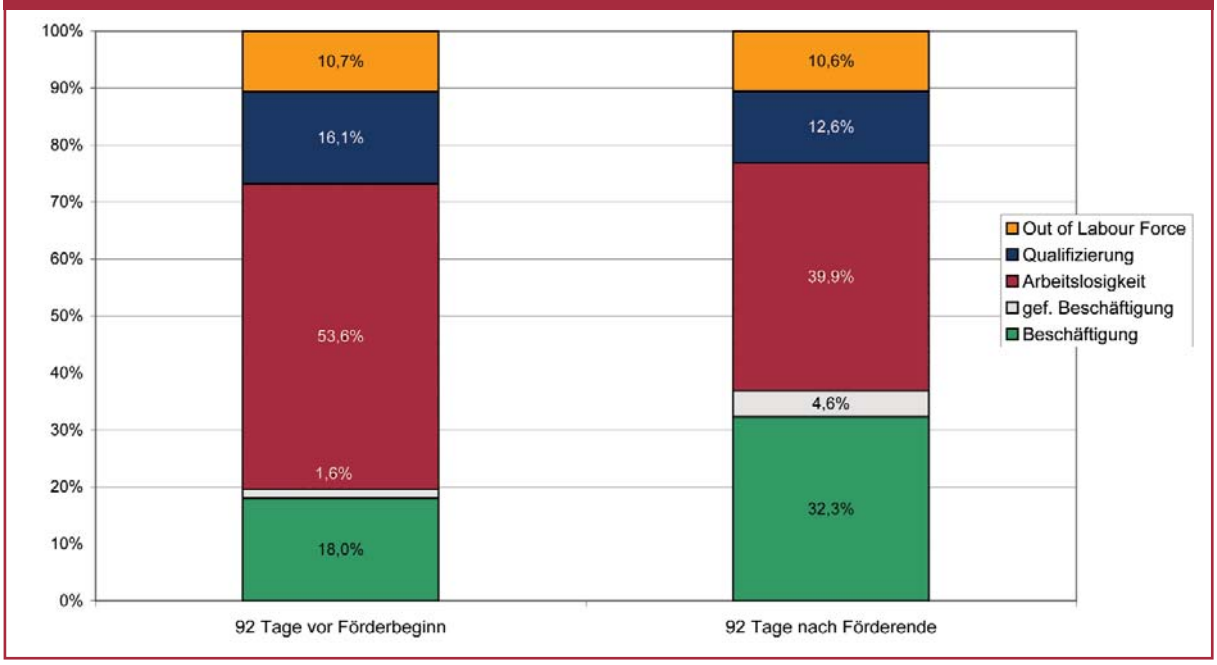
2.3 Arbeitsmarktpolitische Wirkungserfolge

Die Frage nach der arbeitsmarktpolitischen Effektivität des Fachkräfteprogramms wurde mittels einer Auswertung der Zeitanteile von Arbeitsmarktpositionen vor und nach der Förderung sowie anhand der Beschäftigungsquoten am 92. Tag nach individuellem Beihilfenende analysiert. Nachdem die Maßnahmen erst ab Mitte 2008 gestartet wurden, konnte ausschließlich ein Nachbeobachtungszeitraum von 3 Monaten und somit der nach der Förderung unmittelbar feststellbare Arbeitsmarkterfolg untersucht werden.

Zeitanteile arbeitsmarktrelevanter Positionen vor/nach Teilnahme an den Programmen der Qualifizierungsoffensive

Im Zeitraum 3 Monate nach der Förderung kam es im Vergleich zum entsprechenden Vorbeobachtungszeitraum im Gesamtdurchschnitt fast zu einer Verdoppelung der Beschäftigungszeiten: Der Zeitanteil der geförderten und ungeförderten Beschäftigung erhöhte sich von 19,6 auf 36,9%. Gleichzeitig reduzierten sich in den ersten drei Monaten nach der Programmteilnahme die Phasen der Arbeitslosigkeit von 53,6 auf 39,9% und die der AMS-Qualifizierung von 16,1 auf 12,6%, während sich die Anteile der OLF-Zeiten mit etwas mehr als 10% gegenüber dem Vorbeobachtungszeitraum kaum veränderte.

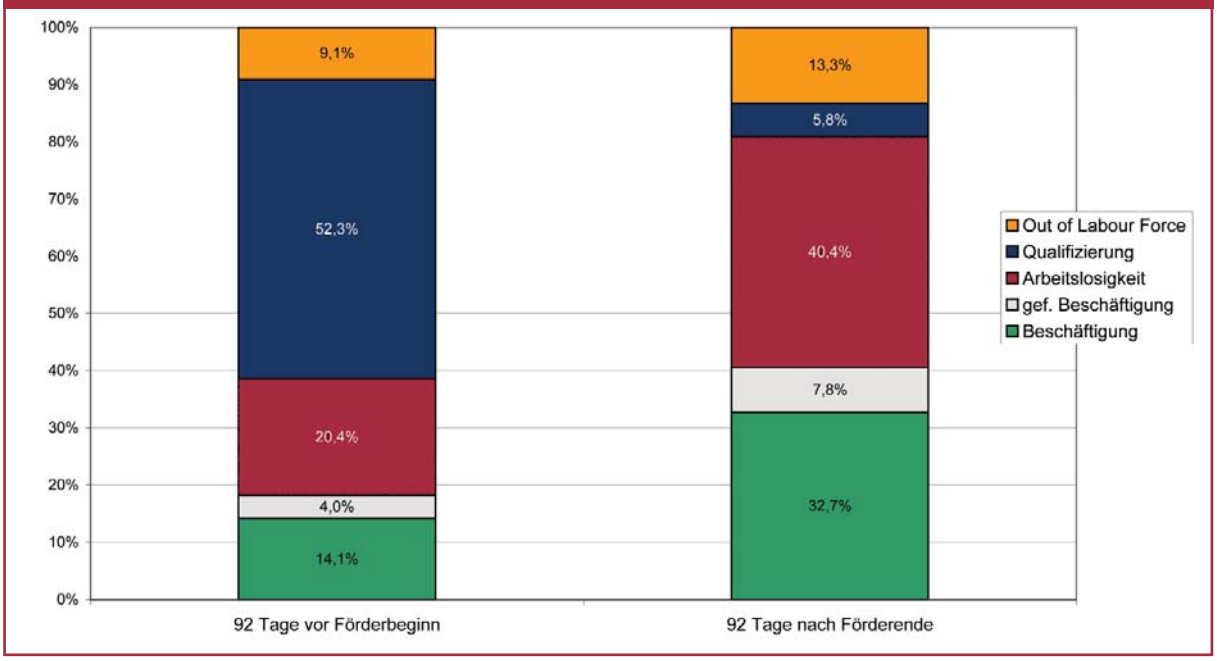
Zeitanteile arbeitsmarktrelevanter Positionen vor/nach Teilnahme



Spezielle Ergebnisse erbrachte diese Analyse bei den Qualifizierungen mit Lehrabschluss. Dort konnten die Zeiten der Beschäftigung mit einem Anstieg von 18,1 auf 40,5% - nicht zuletzt auch Dank einer verstärkten Beschäftigungsförderung - etwas deutlicher als in der Gesamtbetrachtung erhöht werden. Auffallend ist bei dieser Maßnahmenform aber insbesondere auch der hohe Zeitanteil vorgelagerter AMS-Qualifizierungen (52,3%), die nach der Absolvierung des Lehrabschlusses nur mehr eine klar untergeordnete Rolle (5,8%) spielen. Daraus erklärt sich wohl größtenteils auch die im Zusammenhang mit der Maßnahmenteilnahme beobachtbare Entwicklung der Arbeitslosigkeit, deren Zeitanteile sich nach der Qualifizierung im Vergleich zu vorher von rund 20 auf ca. 40% verdoppelten.

Der Vorher/Nachher-Vergleich ergab deutliche geschlechtsspezifische Differenzierungen. Bei Frauen betrugen die Zeitanteile der (geförderten und ungeförderten) Beschäftigung 3 Monate vor Programmeinstieg nur rund 11%, konnten aber im entsprechenden Nachbeobachtungszeitraum auf fast 30% in einem überdurchschnittlichen Ausmaß (+163%) erhöht werden (Männer: 21 bzw. 38%; + 81%). Für weibliche Geförderte charakteristisch sind die relativ hohen Qualifizierungsanteile und zwar sowohl im Vor- als auch im Nachbeobachtungszeitraum (ca. 28 bzw. 23%; Männer: ca. 14 bzw. 11%), was auf eine starke Einbettung in vor- und nachgelagerte Maßnahmen bzw. in mehrgliedrige Förderketten hindeutet. Besonders hervorzuheben auch die im Zusammenhang mit der Förderung erfolgte Entwicklung bei

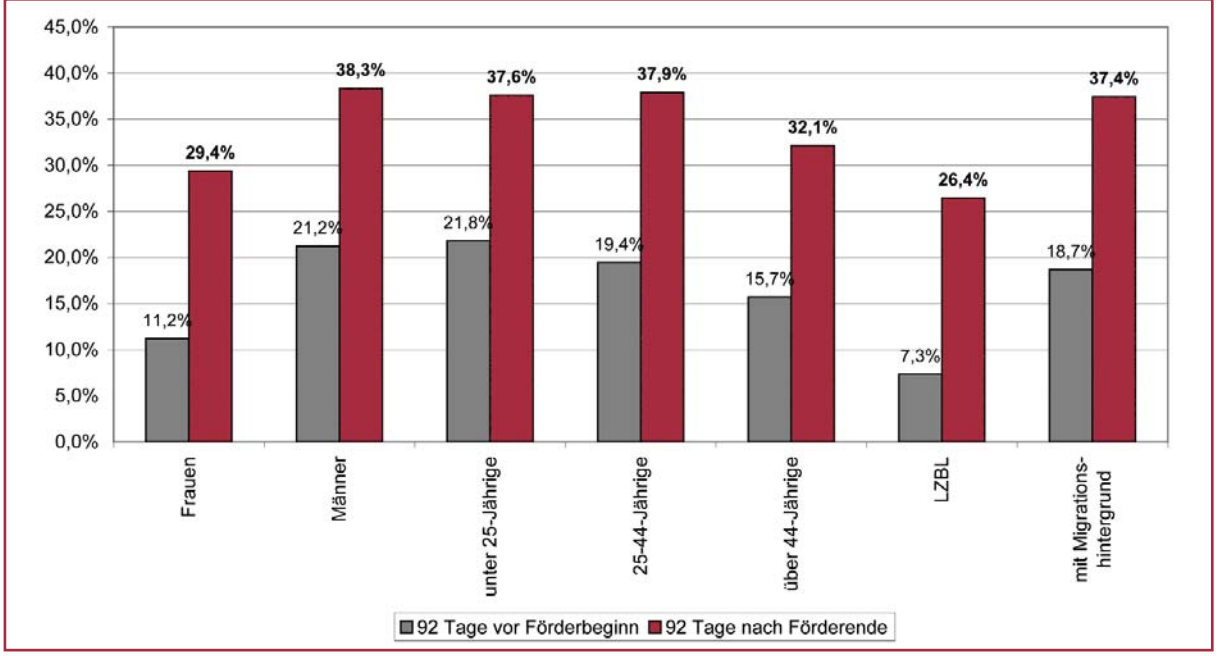
Zeitanteile arbeitsmarktrelevanter Positionen vor/nach Teilnahme an Ausbildungen mit Lehrabschluss



den Langzeitbeschäftigungslosen. Die Beschäftigungszeitanteile dieser Gruppe lagen im Zeitraum von 3 Monaten vor der Programmteilnahme bei „nur“ ca. 7% und konnten im Nachbeobachtungszeitraum immerhin auf ein Niveau von rund 26% erhöht werden (+ 262%), wobei davon rund 8 Prozentpunkte auf Zeiten geförderter Beschäftigung, die u.a. sehr stark auf die Zielgruppe der Langzeitbeschäftigungslosen ausgerichtet ist, entfallen. Auf die primär den Status der Langzeitbeschäftigungslosigkeit begründenden Arbeitsmarktpositionen der AMS-Schulung und Arbeitslosigkeit wirkte sich die Teilnahme an der Fachkräfteoffensive divergent aus: Während die Zeitanteile der Qualifizierung von 38 auf 15% im Nachbeobachtungszeitraum reduziert werden konnten, entfiel sowohl vor als auch nach der Maßnahme rund die Hälfte des gesamten Zeitvolumens im dreimonatigen Beobachtungszeitraum auf Phasen der Arbeitslosigkeit.

Nach dem Kriterien Migrationshintergrund und Alter lassen sich keine großen Unterschiede zum generellen Entwicklungsmuster feststellen. Das gilt im Wesentlichen auch für ältere ProgrammteilnehmerInnen: Personen ab 45 Jahren wiesen im Vorbeobachtungszeitraum mit rund 16% etwas unterdurchschnittliche Beschäftigungszeitanteile auf, die sie im Nachbeobachtungszeitraum auf ca. 32% (davon ca. 7% geförderte Beschäftigung) verdoppeln konnten.

Beschäftigungszeitanteile vor/nach Teilnahme an der Qualifizierungsoffensive



Beschäftigungsquoten

Neben dem Vergleich der Zeitanteile arbeitsmarktrelevanter Positionen vor und nach der fachlichen Qualifizierung wurde auch die standardmäßig zur Bewertung des Arbeitsmarkterfolgs eingesetzte Beschäftigungsquote genau drei Monate nach Programmausstieg ermittelt. Dabei sind unter Beschäftigung sowohl geförderte als auch die ungeförderte Dienstverhältnisse zu verstehen und die Berechnung der Erfolgskennzahl erfolgte ohne jene Personen, die zum ausgewählten Stichtag im Nachbeobachtungszeitraum an einer weiteren AMS-Schulung teilnahmen[12]. Demnach waren rund 55% der AbsolventInnen der Qualifizierungsoffensive „Metallfachkräfte“ am 92. Tag nach Beendigung der Maßnahme in Beschäftigung, wovon wiederum ca. 12% ein vom AMS gefördertes Dienstverhältnis aufwiesen. Dies kann grundsätzlich durchaus als ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis eingeschätzt werden. So waren im Vergleich dazu „nur“ rund 45% aller AbsolventInnen fachlich orientierter AMS-Kurse (unterschiedlichster Art und auch mit vielfältiger Zielgruppenausrichtung) im Jahr 2007 3 Monate nach Beihilfenende beschäftigt und ca. ein Viertel davon befand sich in einem geförderten Dienstverhältnis.

Deutlich niedrigere Beschäftigungsquoten sind bei den Langzeitbeschäftigungslosen (42%), Frauen (46%) und Personen ab 45 Jahren (47%) zu beobachten. Das geringere Ausmaß an Arbeitsmarktintegration bei diesen Zielgruppen ist (v.a. auch bei Frauen und Langzeitbeschäftigungslosen) wohl primär auf die größere Arbeitsmarktferne vor dem Programmeinstieg zurückzuführen (siehe Vorher/Nacher-Vergleich der arbeitsmarktrelevanten Zeitanteile). Diese Benachteiligung in den Ausgangsbedingungen kann mit der fachlichen Qualifizierung offensichtlich nur teilweise kompensiert werden. Dies gilt aber interessanterweise nur für die sonstigen Aus- und Weiterbildungen, während bei den Maß-

Beschäftigungsquoten nach Alter, Geschlecht, LZBL, Migrationshintergrund und Maßnahmentyp

	insgesamt	Ausbildungen mit Lehrabschluss	sonstige Aus- und Weiterbildungen
Frauen	45,9%	56,0%	44,3%
Männer	56,1%	55,5%	56,1%
unter 25-Jährige	55,2%	51,3%	55,4%
25-44 Jahre	56,7%	61,2%	56,3%
45 und älter	46,8%	56,0%	46,5%
LZBL	42,1%	54,1%	36,6%
Personen mit Migrationshintergrund	55,1%	58,4%	54,8%
Gesamt	**54,6%**	**55,6%**	**54,5%**

Stand der Daten: November 2008

[12] Bei dieser Personengruppe kann man davon ausgehen, dass sie sich noch in einem laufenden Qualifizierungsprozess befinden und daher auch nicht als AbsolventInnen einer Maßnahme bewertet werden können.

nahmen mit Lehrabschluss die Beschäftigungsquoten im Nachbeobachtungszeitraum nur relativ geringe zielgruppenspezifische Unterschiede aufweisen.

Auch regional lassen sich bemerkenswerte Unterschiede feststellen: Mit rund 41% ist Wien das einzige Bundesland mit einer deutlich unterdurchschnittlichen Performance, was zumindest teilweise auf die spezifische Arbeitslosen- und TeilnehmerInnenstruktur und die schwierigen Arbeitsmarktbedingungen in der Bundeshauptstadt zurückgeführt werden kann. So erreichte der Anteil der Langzeitbeschäftigungslosen an den TeilnehmerInnen des Programmjahrs 2007/08 (ProgrammabsolventInnen und derzeit noch Qualifizierte) in Wien mit ca. 45% den höchsten Wert und lag damit eindeutig über den bundesweiten Gesamtdurchschnitt von 25%. Beschäftigungsquoten über 60% konnten in den Bundesländern Tirol (71%), Salzburg (66%) und der Steiermark (62%) erreicht werden. Auch im Hinblick auf die positiven Ausreißer kann die bundesländerspezifische Zusammensetzung der in das Programm einbezogenen Personen als zumindest partieller Erklärungsfaktor herangezogen werden. So war zum Beispiel der Anteil der Langzeitbeschäftigungslosen an den Geförderten in Salzburg und Tirol mit 3,5% und 4,8% außerordentlich niedrig, während er allerdings in der Steiermark in etwa dem Gesamtdurchschnitt entsprach.

Beschäftigungsquoten nach Bundesländern

	insgesamt
Burgenland	53,1%
Kärnten	55,8%
Niederösterreich	54,6%
Oberösterreich	58,7%
Salzburg	65,6%
Steiermark	61,8%
Tirol	70,8%
Vorarlberg	55,3%
Wien	41,2%
Österreich	**54,6%**

Stand der Daten: November 2008

2.4 Resümee

Mit Ausnahme von Oberösterreich und zum Teil auch Wien ist es in einem mehr oder weniger starken Ausmaß nicht gelungen, die vorgegebenen Aktivitätsziele der untersuchten Fachkräfteoffensive „Metallfachkräfte“ im Programmjahr 2007/08 zu erreichen. Mit der Einführung des Qualifizierungsbonus und der stärkeren Ausrichtung der Ausbildungsinhalte auf den regionalen Fachkräftebedarf wurden bereits geeignet erscheinende Maßnahmen gesetzt, um eine planmäßige Abwicklung fachspezifischer Qualifizierungsprogramme in Zukunft besser gewährleisten zu können. Dessen ungeachtet kann insbesondere die oberösterreichische Programmumsetzung als Best Practice Beispiel gesehen werden, das zumindest zum Teil auch als Vorbild für andere Bundesländer fungieren könnte. Die Analyse zeigt, dass es dort vor allem auch am besten gelungen ist, die angestrebte Zielgruppe der Personen mit Migrationshintergrund zu erreichen.

Bundesweit weist jede/r dritte Programmteilnehmer/in das im Rahmen des DWH zumindest eingeschränkt feststellbare Merkmal eines Migrationshintergrunds auf. Bei dieser Personengruppe konnten im Vergleich zu den TeilnehmerInnen ohne Migrationshintergrund auch etwas niedrigere Abbruchsquoten und zumindest leicht höhere arbeitsmarktpolitische Wirkungserfolge der Maßnahmen festgestellt werden. Auch die fachliche Qualifizierung von arbeitsmarktferneren Personen, wie Langzeitbeschäftigungslosen aber auch Frauen, erscheint auf Grund der vorliegenden Analyseergebnisse als eine sinnvolle Strategie. Die im Zusammenhang mit der Programmteilnahme beobachtbaren Integrationswirkungen sind bei diesen Zielgruppen jedenfalls besonders groß. Dabei ist es vor allem durch Qualifizierungen mit Lehrabschluss gelungen, die vor Programmeintritt bestehenden Benachteiligungen am Arbeitsmarkt weitgehend zu kompensieren

Mit einer generellen Beschäftigungsquote (3 Monate nach Maßnahmenende) von ca. 55% weist die untersuchte Fachkräfteoffensive – auch unter den Bedingungen einer äußerst problematischen wirtschaftlichen Entwicklung, von der unter anderem die für den Metallbereich besonders relevante Automobilindustrie besonders stark betroffen ist – im Vergleich zu anderen fachlichen AMS-Qualifizierungen erhöhte arbeitsmarktpolitische Wirkungserfolge auf. Die diesbezüglichen Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern sind wohl nicht zuletzt auf regionsspezifische Arbeitsmärkte und TeilnehmerInnenstrukturen zurückzuführen. Dennoch kann daraus durchaus auch ein gewisser Bedarf an effektivitätssteigernden Maßnahmen abgeleitet werden.

3 Karenzmonitoring

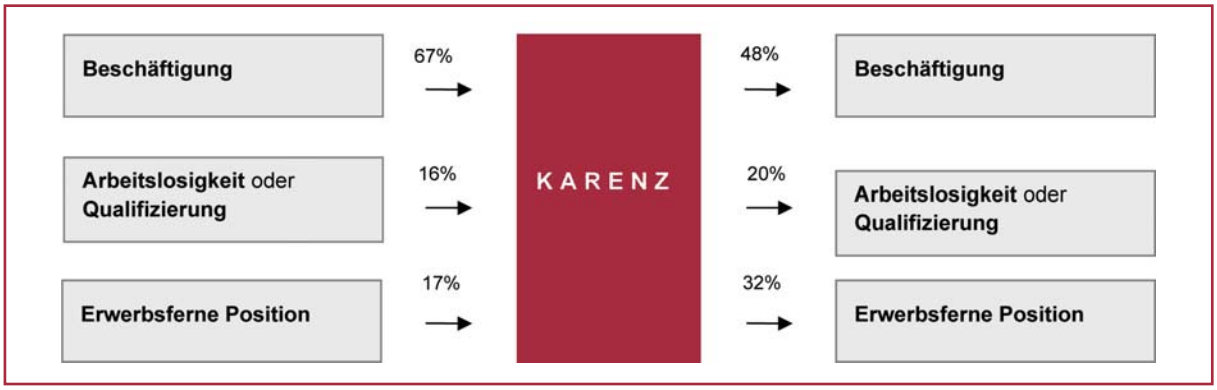
Karenzmonitoring 2000-2007

Die Wirkung des Kinderbetreuungsgeldes auf die Erwerbsbeteiligung, insbesondere von Frauen, wurde in den letzten Jahren intensiv diskutiert. Dieser Beitrag beleuchtet einige Aspekte des Leistungsbezugsverhaltens von Karenz- und KinderbetreuungsgeldbezieherInnen in den Jahren 2000 bis 2007.[13] Je nach Fragestellung werden im Folgenden episoden- oder personenbezogene Auswertungen herangezogen.

Abgänge aus Beschäftigung in Karenz bzw. aus Karenz in Beschäftigung 2007 (Episodenbetrachtung)

Im Jahr 2007 wurden 63.959 **Abgänge** aus bzw. Unterbrechungen von Karenzepisoden verzeichnet - das entspricht 63.561 Personen. Die Differenz von 398 ist auf Personen zurückzuführen, die zumindest zweimal in diesem Zeitfenster aus der Karenz abgegangen sind.[14] Vor Beginn der Karenzzeit waren 67% beschäftigt und 17% in erwerbsfernen Positionen. Nach dem Ende der Karenzepisode hatten 48% ein Beschäftigungsverhältnis und 32% waren Out of Labour Force.[15]

Angesichts des Einbruches der Abgänge im Jahr 2002 auf 10.961, der auf die Verlängerung der Bezugsdauer zurückzuführen ist, zeigt sich 2004 wieder eine Annäherung der Abgänge aus Karenz an das ursprüngliche Niveau; allerdings ist die Zusammensetzung dieser Personengruppe - bezogen auf die Leistungsart - ver



[13] Siehe auch den Vorgängerbericht zum Thema; in: BMWA (Hrsg.), „Arbeitsmarktmonitoring 2005“ mit dem DWH des AMS (Wien 2005). Download unter http://www.bmwa.gv.at/NR/rdonlyres/DD2BC0D7-0F89-4B72-BBD9-AD4D814E8BE6/0/Arbeitsmarktmonitoring2005.pdf

[14] Bei der personenbezogenen Auswertung wird eine Person, die z.B. zweimal pro Jahr eine Karenzepisode beendet (Unterbrechungen zw. den jeweiligen Episoden überschreiten 28 Tage) und einmal im Anschluss an die Karenz in Arbeitslosigkeit und das zweite Mal in eine erwerbsferne Position abgeht, bei der Gesamtsumme aller AbgängerInnen im relevanten Zeitraum nur einmal gezählt.

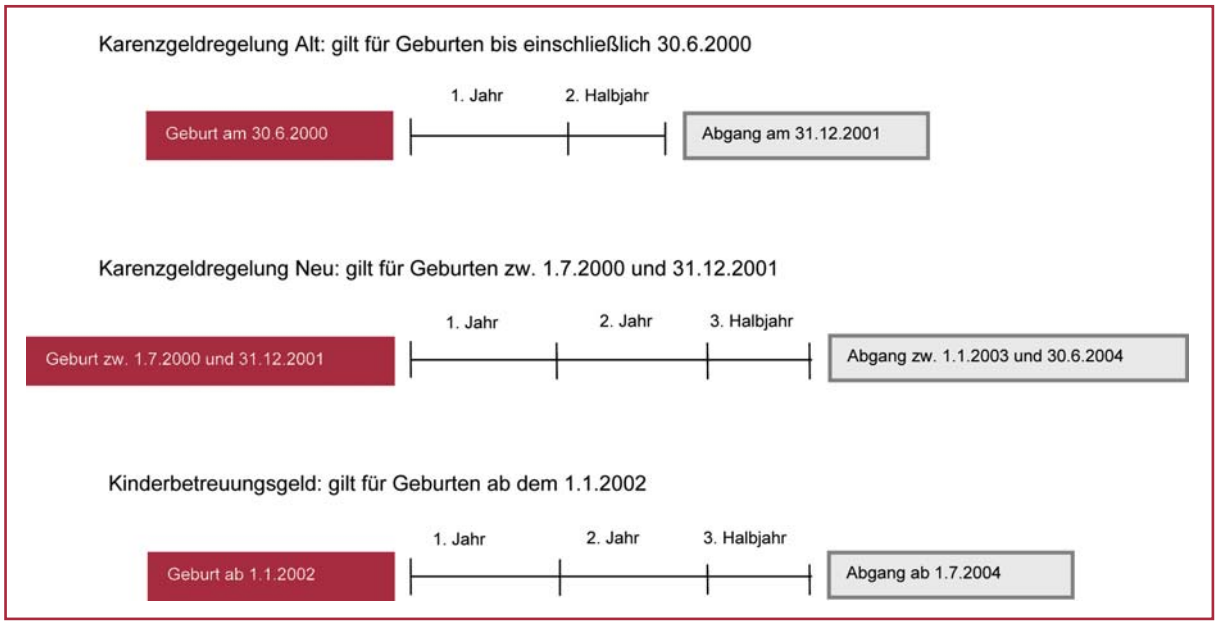
[15] „Beschäftigung“ beinhaltet sowohl selb- und unselbständige als auch geförderte Beschäftigung. Der Dimension „Arbeitslosigkeit/Qualifizierung“ werden Zeiten in Schulungsmaßnahmen und in registrierter Arbeitslosigkeit zugeordnet. Die erwerbsferne Position (OLF) umfasst im Wesentlichen Zeiten von Wochen-, Karenz- oder Kinderbetreuungsgeldbezug, sonstige Versicherungszeiten oder -lücken sowie ausschließliche geringfügige Beschäftigung.
Ausgewertet wurde der Status 7 Tage nach dem Ende der Karenzepisode. Grund dafür ist u.a. die Codierung von Personen, die z.B. an einem Freitag ihre Karenzepisode beenden und am darauf folgenden Montag wieder zu arbeiten beginnen: Status am Samstag und Sonntag ist „Out of Labour Force“ und erst am Montag „beschäftigt“.

Arbeitsmarktposition vor Antritt bzw. nach Beendigung der Karenzepisode*

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
AUS ... IN KARENZ								
Beschäftigung	80%	80%	84%	78%	71%	68%	67%	67%
Arbeitslosigkeit	11%	11%	7%	11%	10%	10%	12%	16%
Out of Labour Force	8%	9%	9%	11%	19%	22%	21%	17%
ABGÄNGE AUS KARENZ								
Frauen	63.230	63.770	9.472	51.189	61.413	67.362	68.641	56.981
Männer	1.735	2.028	1.489	3.278	4.743	6.980	7.560	6.978
insgesamt	**64.965**	**65.798**	**10.961**	**54.467**	**66.156**	**74.342**	**76.201**	**63.959**
AUS KARENZ IN ...								
Beschäftigung	39%	39%	70%	48%	47%	47%	47%	48%
Arbeitslosigkeit	7%	7%	4%	17%	16%	17%	20%	20%
Out of Labour Force	54%	54%	25%	35%	37%	36%	33%	32%

* Kennzahl "Bestand"

gleichsweise heterogen. Dies wird unter der Annahme, dass nur **ein Elternteil** in Karenz geht und den maximal möglichen Bezug konsumiert, illustriert.



Die letzten Personen, die in die „Karenzgeldregelung Alt“ mit einer Bezugsdauer bis zum 18. Lebensmonat des Kindes fallen, beendeten am 31.12.2001 ihren Leistungsbezug (Geburten bis zum 30.6.2000). Für Geburten zw. dem 1.7.2000 und 31.12.2001 gilt die „Karenzgeldregelung Neu“, die eine Ausdehnung des maximalen Leistungsbezuges (von einer Person) vom 18. auf das 30. Lebensmonat des Kindes beinhaltet. Die Kinderbetreuungsgeldregelung (für Geburten ab dem 1.1.2002) sieht die gleiche Bezugsdauer wie das „Karenzgeld Neu“ vor, weitet aber gleichzeitig - in Abgrenzung zur Karenzregelung - den BezieherInnenkreis aus:

Der Karenzgeldbezug war von einer Mindestversicherungszeit in der Arbeitslosenversicherung innerhalb einer bestimmten Rahmenfrist abhängig, während seit dem 1.1.2002 alle Personen mit Anspruch auf Familienbeihilfe für das Kinderbetreuungsgeld[16] qualifiziert sind (Hausfrauen/-männer, StudentInnen, Selbständige).[17]

Die Abgänge im Jahr 2002 setzen sich daher vorwiegend aus Personen zusammen, die bereits vom Geltungsbereich der „Karenzgeldregelung Neu" oder dem Kinderbetreuungsgeldgesetz erfasst waren und demnach ihre Karenzepisode vorzeitig beendet haben.

Im Jahr 2004 haben die Abgänge wieder das Ausgangsniveau (vor der Verlängerung der Bezugszeiten) erreicht. Auffallend ist die Zunahme der Personen, die aus Karenz in Beschäftigung abgehen: Waren es in den Jahren 2000 und 2001 noch 39%, so sind es im Zeitraum 2004-2006 rund 47%, im Jahr 2007 bereits 48%. Die erhöhte Erwerbsbeteiligung während der Karenzepisode, bedingt durch die im Vergleich zum „Karenzgeld alt" deutlich großzügigeren Zuverdienstgrenzen, und der damit zusammenhängende engere Kontakt zum Arbeitsmarkt könnte eine positive Rolle für den Wiedereintritt spielen.[18]

Entwicklung des Leistungsbezuges nach Geschlecht (Episodenbetrachtung)

Die Abgänge ab dem Jahr 2003 zeigen eine vermehrte Inanspruchnahme des Leistungsbezuges durch Männer. Verglichen mit den Jahren 2000 und 2001 beträgt der Männeranteil an allen Abgängen im Jahr 2007 mit 11% bereits über das Dreifache des Ausgangswertes.[19]

Exkurs – Prozentuelle Verschiebung zwischen den Abgängen in „Arbeitslosigkeit" und „Out of Labour Force" ab dem Jahr 2003: Die Veränderung des Anteils der Fälle, die in registrierte Arbeitslosigkeit abgehen, ist im Wesentlichen durch die Einstellung der Sondernotstandshilfe (Genehmigungen bis Ende 2002) bedingt. Personen, die nach Ende der Karenzzeit Sondernotstandshilfe in Anspruch nahmen, wurden der Kategorie „Out of Labour Force" zugeordnet, während nunmehr davon auszugehen ist, dass der Großteil dieses Personenkreises in „Arbeitslosigkeit oder Qualifizierung" abgeht. Zudem bleibt die Anwartschaft auf Arbeitslosengeld nach dem Bezug von Kinderbetreuungsgeld aufrecht. (Der Karenzgeldbezug erschöpfte diese Anwartschaft und es konnte nur mehr Schulungsarbeitslosengeld in Anspruch genommen werden).

[16] Kinderbetreuungsgeld gebührt auch dann, wenn kein Anspruch auf Familienbeihilfe besteht, 1) weil Anspruch auf eine gleichartige ausländische Leistung besteht bzw. 2) wenn gewisse Versicherungszeiten aufgrund einer Erwerbstätigkeit vorliegen.

[17] Darüber hinaus wurde der Anspruch auf Arbeitslosengeld durch den Karenzgeldbezug erschöpft, während der Bezug von Kinderbetreuungsgeld den AlG-Anspruch nicht berührt.

[18] Die Möglichkeit einer regelmäßigen Beschäftigung oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze gab es auch während der „Karenzgeldregelung alt" für Geburten bis einschließlich 30.6.2000 unter der Voraussetzung, dass die Arbeitszeit um mindestens 40% reduziert wurde. Allerdings betrug das Karenzgeld bei Teilzeitbeschäftigung nur 50% der ursprünglichen Leistung, was ein Grund für die geringe Inanspruchnahme (rund 4%) gewesen sein dürfte.

[19] Gemäß der Statistik des BMGFJ bzgl. der laufenden KBG-Fälle betrug der Männeranteil im Jänner 2008 rund 3,8%.

LeistungsbezieherInnen nach Geschlecht* - Abgänge im Jahr

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Frauen	63.230	63.770	9.472	51.189	61.413	67.362	68.641	56.996
Männer	1.735	2.028	1.489	3.278	4.743	6.980	7.560	6.978
Insgesamt	64.965	65.798	10.961	54.467	66.156	74.342	76.201	63.974
Frauenanteil	97%	97%	86%	94%	93%	91%	90%	89%
Männeranteil	3%	3%	14%	6%	7%	9%	10%	11%

*Kennzahl "Bestand"; +1T

Interessant ist in diesem Kontext der sozialrechtliche Status der Männer. Als Indikator für die zugrunde liegende Verteilung kann die amtliche Kinderbetreuungsgeldbezugsstatistik[20] herangezogen werden. Gemäß dieser Statistik vom Jänner 2008 waren 52% aller laufenden Fälle der Männer vor dem KBG-Leistungsbezug Arbeiter, Angestellte oder öffentlich Bedienstete, 19% Selbständige, 18% Bezieher von Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe und die restlichen 11% Hausmänner oder Studenten.

Methodik

Im Karenz(verbleibs)monitoring wird die Elternkarenzepisode über die Leistungsbezüge Wochengeld, Karenz- oder Kinderbetreuungsgeld definiert. Gezählt werden nur solche Personen oder Fälle, die aus dem Leistungsbezug abgegangen sind. Ein „Abgang“ ist dann gegeben, wenn eine Bezugsunterbrechung – aus welchen Gründen auch immer[21] – von mindestens 28 Tagen vorliegt.

Bezugsunterbrechungen, die bis zu 28 Tage dauern, werden bei der „Elternkarenzepisode“ mit dem zeitlich vorangehenden Leistungsbezug überschrieben. Kurze Lücken zwischen Leistungsbezügen, bedingt durch Krankheit oder Aufnahme einer Kurzzeitbeschäftigung, wie sie des Öfteren in den Datensätzen vorfindbar sind, werden durch Anwendung dieser Glättungsregel nicht als Unterbrechung der Karenzepisode gewertet.

Die Art der Geldleistung am letzten Tag ist ausschlaggebend für die interne Klassifizierung der Episode als Wochen-, Karenz- oder Kinderbetreuungsgeldepisode: Wurde beispielsweise im Anschluss an das Wochengeld Karenzgeld bezogen, zählt der gesamte Bezugszeitraum als Karenzgeldepisode.

Bei der Vor- und Nachkarriere kommt keine Glättungsregel zur Anwendung. Jeder einzelne Tag der Vor- und Nachkarriere wird eindeutig einem Status (Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Out of Labour Force) zugeordnet.

[20] Aktueller Weblink BMGFJ: http://www.bmgfj.gv.at/cms/site/thema.html?channel=CH0610

[21] Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oberhalb der Zuverdienstgrenze, Ausbezug etc.

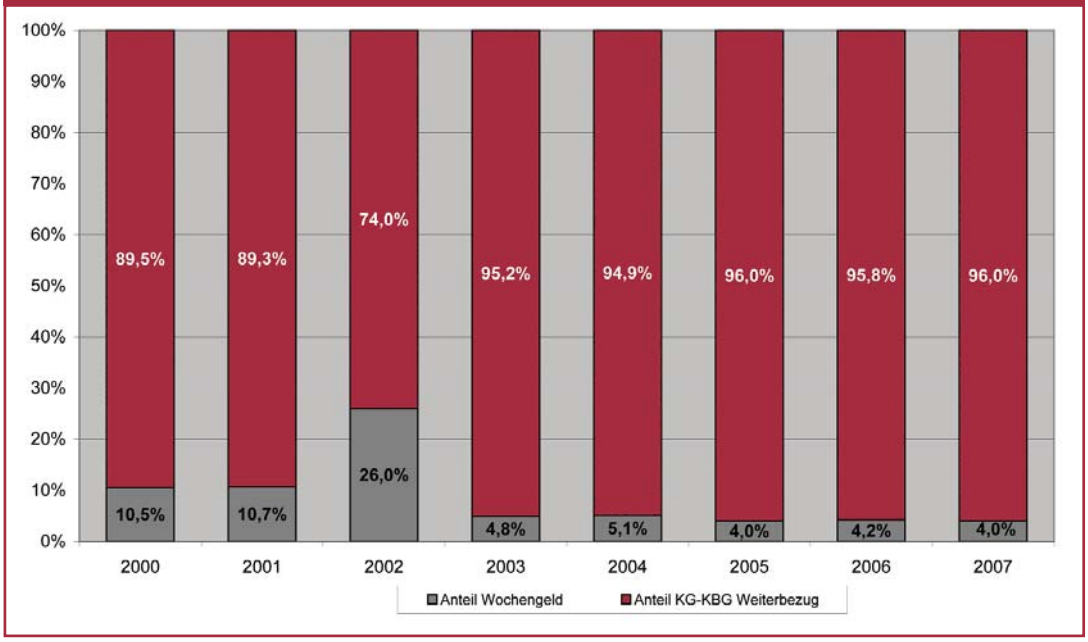
Wie häufig wird die Karenzzeit direkt nach dem Wochengeldbezug ab- bzw. unterbrochen (Episodenbetrachtung)?

Ab dem Jahr 2003 ist ein deutlicher Rückgang der Fälle zu konstatieren, die nach Ausschöpfung des Wochengeldbezuges ihre Karenzepisode beenden. Bei einem Vergleich der Jahre 2000 und 2001 mit dem Jahr 2004 (ähnliche Abgangszahlen) beträgt die Reduktion rund 50%. Diese Entwicklung könnte auf die verstärkte Inanspruchnahme der neuen Zuverdienstgrenzen durch Personen, die vorher bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oder Konsumation ihres Resturlaubs aus dem Leistungsbezug ausschieden, zurückzuführen sein.

Wie viele Personen haben den gesamten Bezugszeitraum des „Karenzregelung neu“ oder des „Kinderbetreuungsgeldes“ ausgeschöpft (Personenbetrachtung)?

Voraussetzung für die Auswertung des Ausbezugs ist die Einlagerung der Qualifikation „Geburt“ in den Daten des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger.[22] Wird diese Qualifikation innerhalb der Karenzepisode einer Person registriert, so ist der Ausbezug der Leistung gegeben, wenn der Zeitraum zwischen Geburt und Ende der Karenzepisode mindestens 2,5 Jahre beträgt.[23] Die Qualifikation „Geburt“ ist für rund 65% der AbgängerInnen des Jahres 2007 eingelagert.[24]

Abgänge nach der gesetzlichen Mutterschutzfrist



[22] Die Daten des Hauptverbandes bilden zusammen mit den AMS-Daten die Grundlage für das Monitoring.

[23] Für die Definition dieser Grenze war der maximale Leistungsanspruch bei der Inanspruchnahme durch eine Person ausschlaggebend.

[24] Nicht erfasst wird beispielsweise die Geburt der Kinder von Beamtinnen oder Mitversicherten.

Im Jahr 2007 haben 85% aller in der Auswertung erfassten Personen, die ihre Karenzepisode beendet haben, den Leistungsbezug voll ausgeschöpft.[25]

Anteil der Personen mit Ausbezug*

	2003	2004	2005	2006	2007
Ausbezug "nein"	7.355	7.690	7.227	7.591	6.365
Ausbezug "ja"	36.577	40.001	40.375	41.359	35.221
Insgesamt	**43.924**	**47.662**	**47.584**	**48.930**	**41.563**
Anteil Ausbezug	83%	84%	85%	85%	85%

*Kennzahl "Anzahl Personen"

Wie viele Personen haben während ihrer Karenzzeit die Möglichkeit einer geringfügigen Beschäftigung bzw. einer Beschäftigung oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze (GG) genutzt (Personenbetrachtung)?

In den Jahren 2000 und 2001 vor dem Inkrafttreten der neuen Zuverdienstgrenzen der „Karenzregelung Neu“ bzw. des Kinderbetreuungsgeldes hatten rund 14% während ihrer Karenzzeit zumindest eine Beschäftigungsepisode oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze. Seit dem Jahr 2002 ist der Anteil der Personen, die in ihrer Karenzzeit (zeitweise) beschäftigt sind, deutlich gestiegen und beträgt im Jahr 2007 rund 53%. Grund dafür ist die Neuregelung der Zuverdienstgrenze, die seit ihrem Inkrafttreten mit 1.1.2002 ein Einkommen in der Höhe von € 14.600[26] im Kalenderjahr ermöglicht.[27]

Personen mit Beschäftigung während ihrer Karenzepisode*

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Geringfügig Beschäftigte	6.750	7.711	535	5.320	5.700	6.190	6.204	5.504
Beschäftigte oberhalb der GG**	7.688	7.897	4.241	23.562	30.500	35.177	36.744	32.212
Personen insgesamt	**57.873**	**58.453**	**8.017**	**51.361**	**62.181**	**71.058**	**72.639**	**61.097**
Anteil geringfügig Beschäftigte	11,7%	13,2%	6,7%	10,4%	9,2%	8,7%	8,5%	9,0%
Anteil Beschäftigte	13,3%	13,5%	52,9%	45,9%	49,1%	49,5%	50,6%	52,7%

*Kennzahl "Anzahl Personen"; nur AbgängerInnen aus den Leistungsarten Karenz- und Kinderbetreuungsgeld
**selbständige und unselbständige Beschäftigung oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze

Zur Interpretation der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse in Zusammenhang mit den vollversicherten Beschäftigungsverhältnissen: Es ist nicht zulässig, die geringfügig Beschäftigten zu den Beschäftigten oberhalb der GG zu addieren, da dies Doppelzählungen impliziert. Die Auswertung für das Jahr 2007 zeigt, dass von den 32.212 Personen mit zumindest einer Beschäftigungsepisode oberhalb der GG während ihrer Karenzzeit 1.836 in diesem Zeitraum auch geringfügig beschäftigt waren.

[25] Grundgesamtheit 65% aller AbgängerInnen

[26] In den € 14.600 sind Sozialversicherungsbeiträge und Sonderzahlungen enthalten. Diese Zuverdienstgrenze war bis zum 31.12.2007 gültig, ab 1.1.2008 beträgt die Grenze 16.200.

[27] Bis zum 31.12.2001 waren die Zuverdienstmöglichkeiten neben dem Leistungsbezug im Wesentlichen auf geringfügige Beschäftigungen oder Teilzeitbeschäftigungen mit um 50% reduzierten Karenzgeldbezug beschränkt.

4 Erwerbskarrierenmonitoring

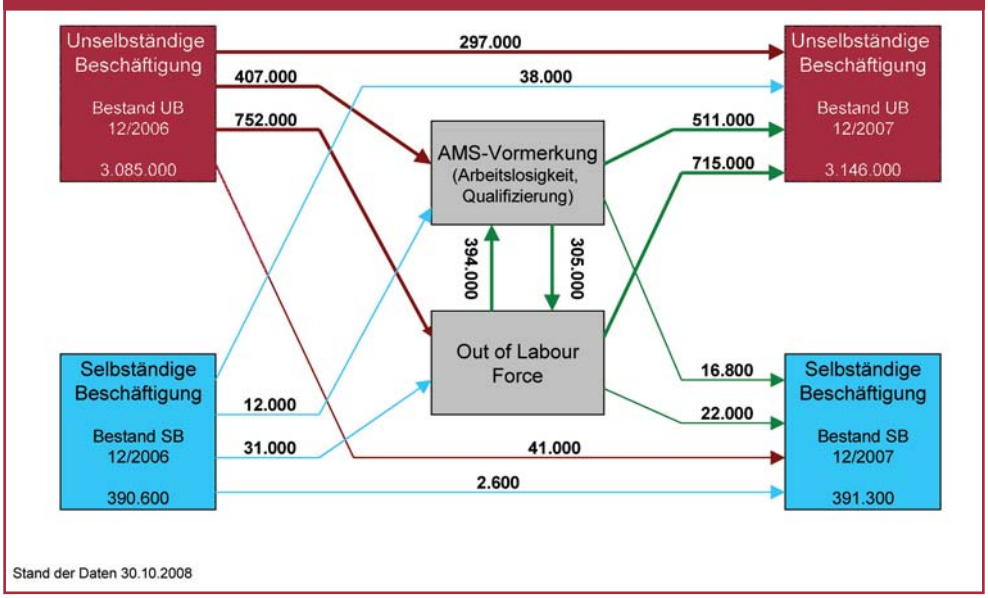
4.1 Einkommensentwicklung und Dienstgeberwechsel 2006

Das Erwerbskarrierenmonitoring (EKM) weist für 2006 einen jahresdurchschnittlichen Bestand unselbständig Beschäftigter von 3.096.000 aus. Dieser Wert ist deutlich geringer als der offiziell ausgewiesene Bestand von ca. 3,3 Millionen da in der Standardvariante des Erwerbskarrierenmonitorings des AMS Karenz- bzw. KinderbetreuungsgeldbezieherInnen mit aufrechtem Dienstverhältnis sowie Präsenzdiener - entgegen der offiziellen Hauptverbands-Statistik - nicht als beschäftigt ausgewiesen werden. Außerdem werden in den offiziellen Zahlen Beschäftigungsverhältnisse gezählt, während im Erwerbskarrierenmonitoring jeder Person zu jedem Zeitpunkt ein eindeutiger Zustand zugeordnet wird - die Personen werden im Bestand also nicht mehrfach gezählt.

Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das eine Zunahme des Beschäftigtenbestandes von rund 52.600 bzw. +1,7%. Der überwiegende Anteil dieser unselbständig Beschäftigten (86%) bezog sich auf Arbeiter- bzw. Angestelltenverhältnisse. Daneben waren rund 9% Beamte, 3% (nicht geförderte) Lehrverhältnisse und 1% freie Dienstverträge enthalten. Etwa 1% bezog sich auf, durch das AMS geförderte Beschäftigungsverhältnisse (inklusive geförderte Lehre).

Im Jahr 2007 stieg die unselbständige Beschäftigung gemäß EKM im Jahresschnitt weiter um 65.600 (+2,1%). Hinter diesen Veränderungen im Jahresdurchschnittsbestand stehen eine Vielzahl von Strömen in das und aus dem Beschäftigungssystem, die in der grafischen Übersichtsdarstellung zur Arbeitsmarktdynamik zusammengefasst werden können.

Arbeitsmarktdynamik 2007



Stand der Daten 30.10.2008

Die Beitragsgrundlage dieser unselbständigen Beschäftigungsverhältnisse lag im Jahr 2006 bei einem Tageswert[28] von 68 Euro. Das entspricht einem Bruttomonatseinkommen von rund 2.075 Euro.[29] Wenn man auf klassische Arbeiter-/Angestellten-Verhältnisse einschränkt lag die Beitragsgrundlage bei einem Tageswert von 73 Euro (+ 3 € im Vergleich zum Vorjahr), bzw. einem Monatseinkommen von gut 2.200 Euro. Die Beitragsgrundlage der Frauen (59 €) lag dabei (ohne Berücksichtigung des Beschäftigungsausmaßes) um 26 Euro unter jener der Männer (85 €). Bei unter 25jährigen Personen war die Beitragsgrundlage niedriger (55 €), aber auch der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern war bei den jüngeren Personen deutlich geringer (Frauen 48 €; Männer 62 €). Nach der Nationalität betrachtet ergibt sich ein ähnliches Bild. Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft hatten mit 62 Euro Tageswert eine niedrigere Beitragsgrundlage als ÖsterreicherInnen (75 €), der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern war bei den AusländerInnen aber geringer ausgeprägt. Zu beachten ist bei diesen Zahlen allerdings, dass hier keine Einschränkung nach dem Beschäftigungsausmaß (Vollzeit/Teilzeit) vorgenommen wurde, sondern alle vollversicherungspflichtigen Arbeiter-/Angestellten-Verhältnisse betrachtet wurden.

Jahresdurchschnittsbestand und Beitragsgrundlage Arbeiter/Angestellte

		Bestand		DS Beitragsgrundlage Tageswert (in Euro)	
		2005	**2006**	2005	**2006**
Frauen	< 25 Jahre	165.600	165.600	46	48
	>= 25 bis < 45 Jahre	684.000	690.100	57	59
	>= 45 Jahre	348.600	368.800	60	63
	Gesamt	1.198.100	1.224.500	56	59
Männer	< 25 Jahre	171.600	173.600	59	62
	>= 25 bis < 45 Jahre	830.800	837.600	82	86
	>= 45 Jahre	423.900	445.100	89	93
	Gesamt	1.426.300	1.456.300	81	85
Frauen und Männer	< 25 Jahre	337.200	339.200	53	55
	>= 25 bis < 45 Jahre	1.514.800	1.527.700	70	74
	>= 45 Jahre	772.500	813.900	76	79
	Gesamt	2.624.400	2.680.800	70	73

Zahlen auf 100 bzw. ganze € gerundet;
Arbeiter und Angestelle in nicht geförderten und geförderte Beschäftigungsverhältnissen
(ohne Lehre und geringfügige Beschäftigung)

[28] Der Tageswert oder Einkommens-Tagsatz für unselbständig Beschäftigte pro Jahr entspricht der jährlichen sozialversicherungsrechtlichen Beitragsgrundlage (inklusive Sonderzahlungen) für unselbständige Beschäftigungsverhältnisse dividiert durch die Anzahl der Tage dieser Beschäftigungsverhältnisse in diesem Jahr.

[29] Für eine vergleichende Analyse der DWH Erwerbskarrierenmonitoring Einkommensinformationen mit den vom Hauptverband publizierten Werten zum beitragspflichtigen Arbeitseinkommen samt methodischen Erläuterungen siehe BMWA, Arbeitsmarktmonitoring 2005, Kapitel 4.3 Das beitragspflichtige Einkommen im Monitoring, Wien 2005; Weblink: http://www.bmwa.gv.at/NR/rdonlyres/DD2BC0D7-0F89-4B72-BBD9-AD4D814E8BE6/0/Arbeitsmarktmonitoring2005.pdf

Nach Branchen[30] betrachtet sind die Verdienste sehr unterschiedlich. Die niedrigsten Einkommen gab es mit einer Beitragsgrundlage von 37 Euro Tageswert bei den Arbeiter-/Angestellten-Verhältnissen in den privaten Haushalten (ÖNACE 97), gefolgt von der Gastronomie (ÖNACE 56) mit 44 Euro und der Gebäudebetreuung und Gartenbau (ÖNACE 81) mit ebenfalls rund 44 Euro. Im Gegensatz dazu lag die durchschnittliche Beitragsgrundlage im Bergbau, der Mineralölgewinnung und –verarbeitung, der Tabakverarbeitung, der Metallerzeugung- und bearbeitung, der Energieversorgung, bei Rundfunkveranstaltern und Informationsdienstleistungen sowie bei Finanzdienstleistungen und Versicherungen bei mehr als 100 Euro pro Tag. Den größten Anstieg der Beitragsgrundlage im Vergleich zum Vorjahr gab es 2006 bei der Energieversorgung (ÖNACE 35: +16 € bzw. +16%). Auch der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern ist nach Branchen sehr unterschiedlich. Den größten Einkommensnachteil gegenüber ihren männlichen Kollegen hatten Frauen in der Herstellung von Bekleidung (ÖNACE 14: Frauen 52 €; Männer 89 €). Im Gegensatz dazu verdienten Frauen und Männer – auch ohne Berücksichtigung des Beschäftigungsausmaßes – bei exterritorialen Organisationen und Körperschaften (ÖNACE 99) annähernd gleich viel, nämlich 86 Euro.

Auch in den Bundesländern (Arbeitsort) sind die Beitragsgrundlagen sehr verschieden. Im Burgenland war das Einkommen 2006 mit einer durchschnittlichen Beitragsgrundlage von 64 Euro pro Tag am niedrigsten, im Wien hingegen am höchsten (78 €). Dass das Einkommen mit der Dauer des Beschäftigungsverhältnisses ansteigt ist nicht weiter verwunderlich. Die Einstiegsgehälter lagen 2006 bei einer Beitragsgrundlage von 54 Euro Tageswert, während Personen deren Beschäftigungsverhältnis bereits seit mehr als 5 Jahren aufrecht war durchschnittlich 85 Euro Beitragsgrundlage verdienten. Auch mit der Betriebsgröße steigt das Einkommen stetig an. Beschäftigte in Kleinunternehmen mit bis zu 9 MitarbeiterInnen verdienten 58 Euro Tageswert, während die Beitragsgrundlage bei Großunternehmen mit mehr als 249 MitarbeiterInnen bei 83 Euro lag.

Im Jahr 2006 wurden 1.622.000 Beschäftigungsverhältnisse aufgenommen. In 84% der Fälle brachte das für die Personen eine finanzielle Verbesserung – stark abhängig ist das aber natürlich von der Erwerbsposition der Personen vor der Beschäftigungsaufnahme. Als gleich bleibend wurde dabei definiert wenn sich die Bezugshöhe (bestehend aus Beitragsgrundlage plus Tagsatz aus einem allfälligen Leistungsbezug) vor und nach dem Statuswechsel um nicht mehr als +/- 5% verändert hat.

[30] Im Erwerbskarrierenmonitoring wurde die Branchenzuordnung auch rückwirkend auf die geltende ÖNACE 2008 Klassifizierung umgestellt. Die Rückrechnung erfolgte für den weitaus überwiegenden Teil der Dienstgeberkonten unter Verwendung des Unternehmensregisters der Bundesanstalt Statistik Österreich.

Anzahl Statuswechsel nach Veränderung der Bezugshöhe 2006

Erwerbsstatus vorher	Erwerbsstatus aktuell	gleich bleibend	fallend	steigend	Alle Wechsel
Beschäftigung	Beschäftigung	13%	36%	51%	100%
	AMS-Vormerkung	3%	88%	9%	100%
	Sonstige	10%	88%	1%	100%
	E-Status	9%	76%	15%	100%
AMS-Vormerkung	Beschäftigung	1%	5%	94%	100%
	AMS-Vormerkung	81%	8%	10%	100%
	Sonstige	43%	53%	4%	100%
	E-Status	35%	18%	47%	100%
Sonstige	Beschäftigung	5%	1%	94%	100%
	AMS-Vormerkung	55%	2%	43%	100%
	Sonstige	83%	8%	9%	100%
	E-Status	49%	4%	47%	100%
Insgesamt:	**Beschäftigung**	6%	10%	84%	100%
	AMS-Vormerkung	44%	35%	21%	100%
	Sonstige	48%	47%	5%	100%
	E-Status	32%	31%	36%	100%

Von den 1.393.400 Aufnahmen von (nicht geförderten und geförderten) Arbeiter-/Angestellten-Verhältnissen im Jahr 2006 waren 21% unmittelbar vorher in einer anderen (selbständigen oder unselbständigen) Beschäftigung (die meisten davon – nämlich 237.300 - in einem Arbeiter-/Angestellten-Verhältnis bei einem anderen Dienstgeber), 36% befanden sich in AMS-Vormerkung und 43% kamen aus erwerbsfernen Positionen (wie Ausbildung, Karenz etc.). Bei jenen Beschäftigungsaufnahmen aus der AMS-Vormerkung oder einer erwerbsfernen Position heraus brachte das für die überwiegende Mehrheit der Personen (ca. 95%) eine finanzielle Verbesserung mit sich. Die durchschnittliche Beitragsgrundlage pro Tag lag bei den Arbeiter-/Angestellten-Verhältnissen, die aus einer AMS-Vormerkung heraus aufgenommen wurden bei 57 Euro, bei jenen aus einer erwerbsfernen Position heraus bei 46 Euro.

Direkter Dienstgeberwechsel finanziell meist vorteilhaft, aber immerhin ein knappes Drittel führt zu Einkommensverlusten

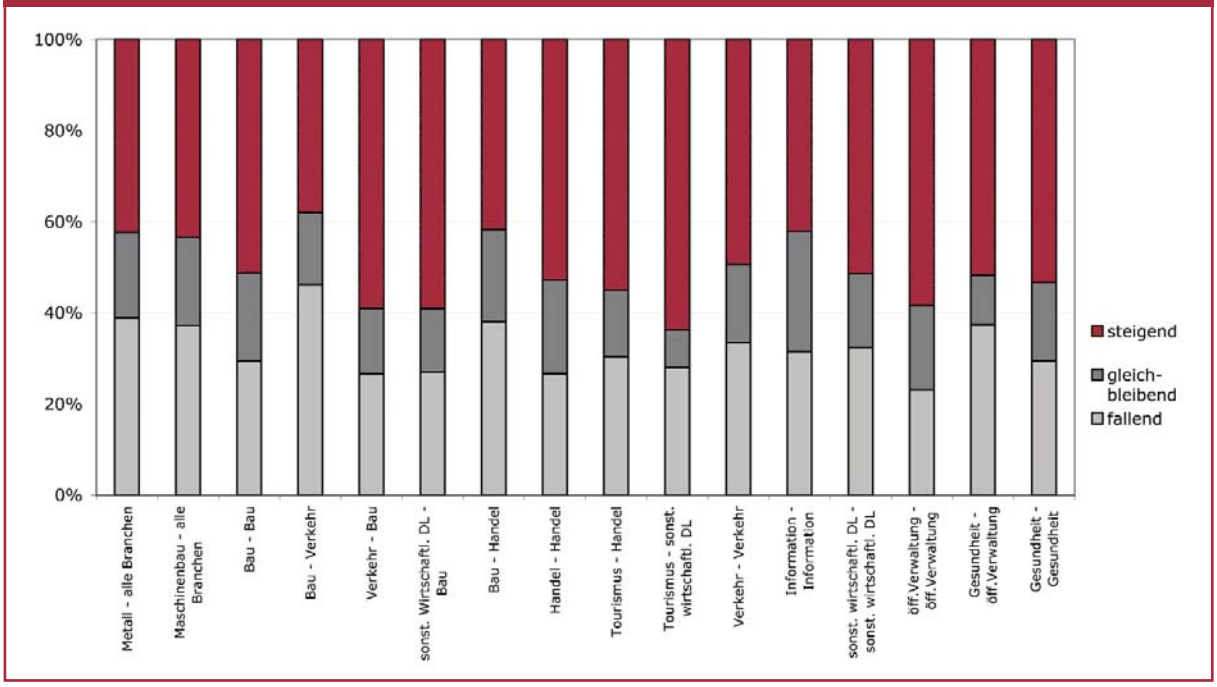
Bei den direkten Beschäftigungswechseln (von Arbeiter/Angestellte nach Arbeiter/Angestellte bei einem anderen Dienstgeber) nahm die Bezugshöhe (bestehend aus Beitragsgrundlage plus Tagsatz aus einem allfälligen Leistungsbezug) bei etwas mehr als der Hälfte der Fälle zu (durchschnittlich von 41 € auf 72 €). Bei etwa 73.400 oder 31% dieser Dienstgeberwechsel im Jahr 2006 nahm die Bezugshöhe aber um mehr als 5% ab.[31] Diese Personen hatten vor dem Wechsel eine Beitragsgrundlage von durchschnittlich 78 Euro, verdienten nach dem Dienstgeberwechsel hingegen nur mehr 52 Euro Tageswert.

[31] Diese Aussage ändert sich strukturell auch dann nicht, wenn versucht wird (unter Verwendung von Synthesis Arbeitszeitinformationen), nur die Wechsel von Vollzeitbeschäftigung in Vollzeitbeschäftigung zu erfassen.

Bei Frauen wirkten sich Dienstgeberwechsel im Jahr 2006 zu einem höheren Ausmaß positiv auf die Beitragsgrundlage aus (53% steigende Bezugshöhe), als bei Männern (50%). Mit dem Alter sank der Anteil der Dienstgeberwechsel die eine steigende Bezugshöhe zur Folge hatten hingegen (56% bei unter 25jährigen; 46% bei über 45jährigen).

Insgesamt erfolgten 42% aller Dienstgeberwechsel innerhalb der gleichen Branche.[32] Allerdings gibt es von Branche zu Branche große Unterschiede. Während 60% dieser Beschäftigungsaufnahmen in der Beherbergung und Gastronomie (ÖNACE Abschnitt I) und rund die Hälfte in der Land- und Forstwirtschaft (A), dem Handel (G), dem Verkehr (H) und den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (K) aus der gleichen Branche heraus erfolgten, waren es in einigen Bereichen der Sachgütererzeugung nicht einmal 10%. Bei den brancheninternen Dienstgeberwechseln war der Anteil der Wechsel mit gleich bleibender Bezugshöhe generell etwas größer (20%) als insgesamt (18%), während sowohl der Anteil mit steigender als auch mit fallender Bezugshöhe häufig geringer ist als bei branchenübergreifenden Dienstgeberwechseln.

Anteil Dienstgeberwechsel nach Änderung der Bezugshöhe in ausgewählten Branchen-Kombinationen 2006



[32] Für diese Auswertung wurden die direkten Dienstgeberwechsel auf ÖNACE 2008 Abschnittsebene herangezogen, mit Ausnahme des ÖNACE Abschnitts C, wo die einzelnen Abteilungen (2-Steller) als Ziel- bzw. Ursprungs"branche" die Analyseeinheiten bilden.

Aber auch zwischen einzelnen Branchen gibt es Dienstgeberwechsel in größerem Ausmaß. So erfolgten 28% der Beschäftigungsaufnahmen in der Metallerzeugung (ÖNACE 25) resultierend aus einem direkten Dienstgeberwechsel aus den unternehmensbezogenen Dienstleistungen (insbesondere aus der Arbeitskräfteüberlassung, die für rund ein Viertel dieser Beschäftigungsaufnahmen als Ursprungsbranche dient) heraus. Im Vergleich zu den brancheninternen Dienstgeberwechseln war hier der Anteil der Wechsel die eine fallende Bezugshöhe zur Folge hatten deutlich geringer (22% bei Wechsel aus den unternehmensbezogenen Dienstleistungen statt 28% bei brancheninternen Wechseln in der Metallerzeugung), während umgekehrt mehr Wechsel eine steigende Bezugshöhe auslösten (58% statt 54%).

Finanziell positiv wirkten sich vielfach auch Direktwechsel vom Bereich Verkehr und Handel ins Bauwesen (ÖNACE Abschnitt F) aus. In rund 59% dieser Fälle nahm die Bezugshöhe um mehr als 5% zu (bei Dienstgeberwechseln innerhalb des Bauwesens waren es 51%).

Vergleichsweise finanziell weniger günstig waren 2006 hingegen Direktwechsel in den Bereich Tourismus, auch bei brancheninternen Wechseln im Tourismus (ÖNACE I; zu 34% fallende Bezüge). Die Wechsel aus der Baubranche in eine andere Branche (als Direktwechsler) waren zu 39% mit Lohn- oder Gehaltsverlusten verbunden. Ein Direktwechsel aus der KFZ-Herstellung (ÖNACE 29) in eine andere Branche war zu rund 42% mit Einkommensverlusten verbunden.

4.2 Gesundheitliche Beeinträchtigungen im Erwerbskarrierenmonitoring

Definition der „gesundheitlichen Beeinträchtigungen“

Als Basis für die Definition der Dimension „gesundheitliche Beeinträchtigungen“ im Erwerbskarrierenmonitoring des DWH dienen unterschiedliche Datenquellen. Personen mit bestimmten Hauptverbandsqualifikationen (z.B. Rehabilitationszeit, Versehrtenrente) bzw. mit definierten Leistungsbezügen (Leistungsbezugsinformationen der Arbeitslosenversicherung) sowie Personen, die in den Stammdaten des AMS mit I, L und B (begünstige behinderte Personen nach BEinstG oder LBehG[33] oder beides) bzw. A (sonstige gesundheitliche Vermittlungseinschränkungen lt. AMS) codiert werden, bekommen das Merkmal "mit gesundheitlicher Beeinträchtigung" für ihr restliches Leben zugeschrieben. Durch die Merkmalszuschreibung werden jene Personen gekennzeichnet, die aufgrund einer angeborenen oder erworbenen körperlichen oder psychischen Beeinträchtigung am Arbeitsmarkt benachteiligt sind. Diese personenbezogenen

Datenbasen Merkmal gesundheitliche Beeinträchtigungen	
Erwerbsunfähigkeitspension	08
Versehrtenrente mind. 50% Erwerbsfähigkeitseinbuße	42
Berufsausbildung eines Beschädigten nach KOVG	44
Beschädigtenrente nach KOVG	47
Rehabilitationszeit	66
Pflichtversicherung Reha	69
Vorzeitige Alterspension wegen geminderter Erwerbsfähigkeit	D7
Versehrtenrente unter 50% Erwerbsfähigkeitseinbuße	N1
Vorzeitige Alterspension aus knappschaftl. PV	ZM
Stammdaten des AMS	
Sonstige gesundheitliche Vermittlungseinschränkungen lt. AMS	A
Begünstigt behinderte Personen nach Bundessozialamt	I
Begünstigt Behinderte nach den Landesinvalidenämtern	L
beide Ausprägungen (I+L)	B
Leistungsbezugsinformationen	
AST für Personen bei REHA-Maßnahmen	AB
DLU für behinderte Personen	RC
DLU für behinderte Personen im NAP	RN
Kurskosten für behinderte Personen	RL
Kursnebenkosten für behinderte Personen	RT
Entfernungsbeihilfe für behinderte Personen	RP
ALG als Vorschuss auf Invaliditätspension	AI
Erweiterte Überbrückungshilfe als Vorschuss auf Invaliditätspension	EI
Notstandshilfe als Vorschuss auf Invaliditätspension	NI
Überbrückungshilfe als Vorschuss auf Invaliditätspension	UI

[33] Behinderteneinstellgesetz, Landesbehindertengesetze

Variablen werden 1x im Jahr durch Synthesis-Forschung aktualisiert und in das AMS DWH implementiert.

Im Jahr 2007 wurde im Erwerbskarrierenmonitoring (EKM) ein Durchschnittsbestand von 827.897 Personen mit der Merkmalsausprägung „gesundheitliche Beeinträchtigungen“ erfasst, der Frauenanteil lag bei 42%. Das EKM enthält Informationen zu den Erwerbsstatus von insgesamt 9.059.579 Personen (50,5% Frauen) im Jahr 2007 (inklusive Personen für die im Untersuchungszeitraum keine Daten vorlagen), dieses Merkmal wurde demnach 9,1% der Personen zugeschrieben (über 16,6% der im EKM erfassten Personen liegen keine Angaben zu diesem Merkmal vor).

Erwerbsstatus der Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen

544.562 Personen (67% aller Personen mit diesem Kennzeichen) mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen waren im Jahresdurchschnitt 2007 in Erwerbspension bzw. in Rente.

Eine Unterscheidung nach Altersgruppen zeigt, dass 98% der Personen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren, die sich bereits in Erwerbspension befinden, das Attribut „gesundheitliche Beeinträchtigungen„ aufwiesen, in der Altersgruppe der 25-44-Jährigen in diesem Status immerhin noch 95%. Die Verteilung des Merkmals auf die Altersgruppen betrug im Jahr 2007 2,7% unter 25-Jährige, 17,6% im Alter zwischen 25 und 44 Jahren und 79,7% auf über 44-Jährige.

119.757 bzw. 4,4% aller ArbeiterInnen und Angestellten wurde im Jahr 2007 das Merkmal gesundheitliche Beeinträchtigung zugeordnet. Der Anteil der Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen lag bei den Landwirten bei 4,9% (5.647 Personen) und bei den selbständig Erwerbstätigen bei 4,1% (insgesamt 11.324 Personen).

Von den in AMS-Vormerkung befindlichen Personen fielen 20,3% in diese Kategorie (20,7% der arbeitslos Vorgemerkten und 18,7% der SchulungsteilnehmerInnen).

Frauen und Männer mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen Jahresdurchschnittsbestand 2007

Erwerbsstatus	Frauen	Männer	
Beamte	791	2.643	3.434
Lehrlinge	410	892	1.302
Arbeiter / Angestellte	43.613	76.143	119.757
Landwirte	2.122	3.525	5.647
Selbständige i.e. Sinn	2.627	8.697	11.324
Arbeitslose	18.598	29.471	48.069
SchulungsteilnehmerInnen	4.319	5.161	9.480
Erwerbspension / Rente	235.790	318.772	554.562
sonstige	38.809	35.513	74.323
alle Erwerbsstatus	**347.080**	**480.817**	**827.897**

Quelle: mon_erwerb_epi

Frauen und Männer mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen Jahresdurchschnittsbestand 2007 nach Alter

	Frauen			Männer			insgesamt		
Erwerbsstatus	< 25	25-44	45+	< 25	25-44	45+	< 25	25-44	45+
Beamte	10	250	531	17	1.172	1.454	27	1.422	1.985
Lehrlinge	395	13	2	844	48	1	1.239	61	2
Arbeiter / Angestellte	2.614	22.497	18.502	3.989	41.158	30.997	6.603	63.655	49.499
Landwirte	14	555	1.554	51	962	2.511	65	1.517	4.065
Selbständige i.e. Sinn	25	1.110	1.491	54	4.151	4.492	79	5.261	5.984
Arbeitslose	1.348	8.375	8.875	1.917	12.123	15.430	3.265	20.498	24.306
SchulungsteilnehmerInnen	1.038	2.013	1.268	1.240	2.267	1.653	2.278	4.281	2.921
Erwerbspension / Rente	1.385	11.013	223.391	1.521	13.183	304.069	2.906	24.196	527.460
sonstige	2.638	14.140	22.031	3.151	11.014	21.349	5.789	25.153	43.380
alle Erwerbsstatus	**9.468**	**59.967**	**277.645**	**12.783**	**86.077**	**381.957**	**22.251**	**146.043**	**659.602**

Quelle: mon_erwerb_epi

Karrieretypen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen

Durch den hohen Anteil der Personen im Erwerbsstatus Erwerbspension bzw. Rente wurden im Jahr 2007 73,8% der im Erwerbskarrierenmonitoring erfassten Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen als überwiegend erwerbsfern bzw. Out of Labour Force eingestuft. Nur 19,2% der Personen wiesen diejenigen Erwerbsstatus auf, die als überwiegend beschäftigt zu bezeichnen sind.

Statusdauer

Die durchschnittliche Statusdauer (bei aufrechtem Erwerbsstatus) in unselbständiger Beschäftigung lag bei ArbeiterInnen und Angestellten mit gesundheitlichen Einschränkungen im Dezember 2007 bei 1.735 Tagen, bei Personen ohne gesundheitliche Beeinträchtigungen bei 2.348 Tagen. Bei Beamten mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen ist die berechnete Dauer mit 4.797 Tagen jedoch höher als bei denjenigen Personen im Beamtenstatus, die dieses Merkmal nicht aufweisen (4.578). Die Dauer einer aufrechten Selbständigkeitsepisode von Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen betrug im Dezember 2007 2.432, ohne Beeinträchtigungen 3.156.

Bestand Personen in Beschäftigung und Erwerbspension: bisherige Statusdauer Dezember 2007

	mit gesundheitliche Beeinträchtigungen			ohne gesundheitliche Beeinträchtigungen		
	< 197 Tage	197 bis 366T	> 366 Tage	< 197 Tage	197 bis 366T	> 366 Tage
Arbeiter / Angestellte	19,7%	12,5%	67,8%	15,1%	9,1%	75,8%
Beamte	1,3%	1,8%	96,8%	1,3%	1,2%	97,5%
Selbständige i.e. Sinn	10,3%	9,4%	80,4%	7,2%	7,0%	85,8%
Erwerbspension / Rente	3,1%	3,1%	93,8%	2,6%	2,3%	95,1%

Quelle: mon_erwerb_epi

Vergleich von Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen lt. EKM mit der Befragung „Körperliche Beeinträchtigung und Erwerbstätigkeit“ im Rahmen des Mikrozensus 2002

Ausgangspunkt des Frageprogramms war die Frage nach lang andauernden Gesundheitsproblemen oder Behinderungen (lang andauernd = mind. sechs Monate). Hochgerechnet 1,26 Mio. Menschen haben bei dieser Befragung angegeben, an lang andauernden Gesundheitsproblemen oder Behinderungen zu leiden, das entspricht einem Anteil von 15,8% der gesamten österreichischen Wohnbevölkerung; 519.000 davon sind im Erwerbsalter von 15 bis 64 Jahre. Diese Gruppe wiederum gliedert sich in 240.200 erwerbstätige und 23.000 arbeitslose Personen, sowie 255.800 Personen, die angeben, nicht erwerbstätig zu sein. Das Erwerbskarrierenmonitoring kommt für den Jahresdurchschnitt 2007 zu einem ähnlichen Ergebnis der insgesamt erfassten Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren, die Verteilung auf die einzelnen Untergruppen weicht jedoch ab.

Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen 15-64 Jahre: Vergleich Statistik Austria - Erwerbskarrierenmonitoring des AMS DWH

	EKM*	Statistik Austria**	
Beschäftigung	145.758	240.200	erwerbstätig
AMS-Vormerkung	57.454	23.000	arbeitslos
Sonstige	337.299	255.800	nicht erwerbstätig
insgesamt	**540.510**	**519.000**	**insgesamt**

* Erwerbskarrierenmonitoring AMS DWH: mon_erwerb_epi, Jahresdurchschnitt 2007 ** Statistik Austria Mikrozensus Juni 2002, LFK

4.3 Formale Qualifikation nach dem Erwerbskarrierenmonitoring

Im Laufe des Jahres 2007 wurde der Datenwürfel „Bestand nach E-Status mit Zusatzmerkmalen (2000-2008)“ (mon_erwerb_epi) im Erwerbskarrierenmonitoring unter anderem um die Dimension **„Ausbildung“** (höchst abgeschlossene Ausbildung) erweitert. Diese Dimension umfasst folgende Ausbildungskategorien:

- Maximal Pflichtschulabschluss
- Lehre
- Berufsbildende mittlere Schule (ohne Matura)
- Allgemeinbildende höhere Schule
- Berufsbildende höhere Schule
- Universität, Hochschule, Akademie, Fachhochschule
- k.A. (keine Angabe)

Zur höchsten abgeschlossenen Ausbildung gibt es derzeit keine umfassenden administrativen Mikrodaten, die für eine Verknüpfung mit arbeitsmarktbezogenen Verwaltungsdaten einsetzbar wären[34]. Beim Arbeitsmarktservice Österreich wird neben anderen Stammdaten die höchst abgeschlossene Schulbildung für Personen, welche durch dieses betreut werden und vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger zumindest der akademische Grad (soweit er von der versicherten Person oder dem Arbeitgeberbetrieb bekannt gegeben wird) in den Personenstammdaten erfasst. Für die restlichen Personengruppen war dennoch ein Zuweisungsverfahren, das anhand verfügbarer beobachteter Informationen für Teilgruppen der Erwerbspersonen, aus Randverteilungen repräsentativer Stichprobenerhebungen und einer Kombination von relevanten Merkmalen die höchste abgeschlossene Ausbildung auf der Ebene der Einzelperson zuweist, notwendig. Synthesis Forschung hat über ein derartiges Modell die Ausbildung geschätzt und den Personen entsprechend zugeschrieben. Die Datenlieferung erfolgt durch das Institut einmal im Jahr.

Im Rahmen dieses Beitrages wird vor allem die Gruppe der Beschäftigten (Unselbständig Beschäftigte und Selbständig Beschäftigte) nach den einzelnen Ausbildungskategorien im Jahr 2007 analysiert.

Die Selbständig Beschäftigten und Unselbständig Beschäftigten nach Ausbildungskategorien

Im Jahr 2007 betrug der Bestand im Erwerbstatus Beschäftigung 3.554.090, davon waren 3.161.654 unselbständig und 392.436 selbständig beschäftigt. Mit 1.403.668 unselbständig beschäftigten Frauen betrug der Frauenanteil 44,4% (Männer: 1.757.986; 55,6%). Bei den selbständig Beschäftigten ergab sich im Jahr 2007 mit 143.447 Frauen ein Frauenanteil von 36,6% (Männer: 248.989; 63,4%).

[34] Das Bildungsstandregister der STATISTIK AUSTRIA Bundesanstalt Statistik Österreich steht aus Datenschutzgründen nicht zur Verfügung.

Im Jahr 2007 hatte ein überwiegender Teil der Gesamtbeschäftigten mit 1.452.162 (40,9%) als höchst abgeschlossene Ausbildung eine Lehre, davon waren 994.010 Männer (68,5%) und 458.153 (31,5%) Frauen. Bezogen auf das Beschäftigungsverhältnis waren 1.307.106 der Gesamtbeschäftigten mit Lehre als höchst abgeschlossene Ausbildung unselbständig und 145.056 selbständig beschäftigt. Im Bereich der unselbständig Beschäftigten mit Lehrabschluss waren im Jahr 2007 fast ein Drittel Frauen und zwei Drittel Männer. Bei den Selbständigen waren lediglich 25% der Personengruppe mit Lehre als höchster abgeschlossener Ausbildung Frauen.

Mit 708.290 wiesen fast 20% der Gesamtbeschäftigten als höchstabgeschlossene Ausbildung im Jahr 2007 maximal Pflichtschule auf. Fast die Hälfte davon waren Frauen (48,9%). Nur ein geringer Teil (45.854) innerhalb dieser Qualifikation war im Jahr 2007 selbständig; mit 23.297 waren etwas mehr Frauen mit maximal Pflichtschulabschluss selbständig tätig als Männer (22.557).

14,6% (518.647) der Gesamtbeschäftigten hatten im Jahr 2007 als höchst abgeschlossene Ausbildung eine akademische Ausbildung vorzuweisen, davon waren 249.824 (48,2%) Frauen und 268.824 (51,8%) Männer. 473.015 AkademikerInnen gingen einer unselbständigen Beschäftigung und 45.632 einer selbständigen Beschäftigung nach. Bei den unselbständig Beschäftigten gab es mit 49,5% fast genauso viele weibliche Akademiker wie männliche (50,5%). Die Selbständigkeit wurde im Jahr 2007 von den männlichen Akademikern (65,3%) bevorzugt.

Aus obiger Tabelle wird klar ersichtlich, dass in Österreich ein überwiegender Teil der Beschäftigten als höchst abgeschlossene Ausbildung im Jahr 2007 eine Pflichtschule oder Lehre (rund 61%) hatten.

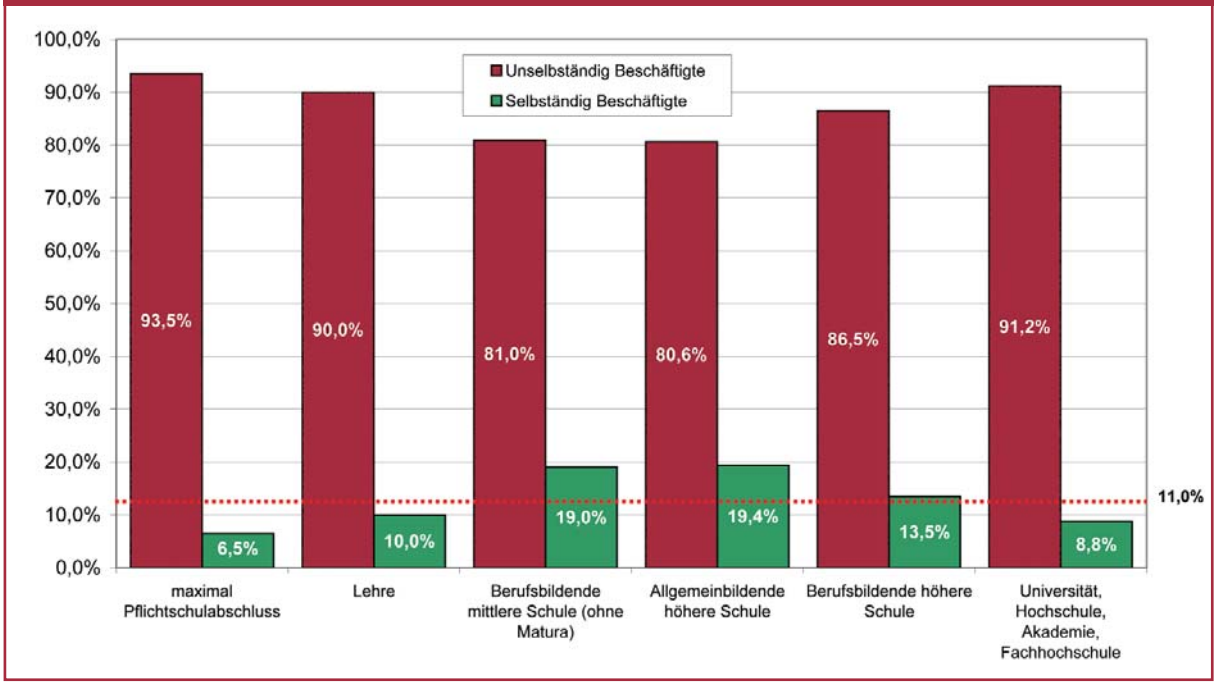
Die Grafik zeigt den Anteil der unselbständig Beschäftigten bzw. der selbständig Beschäftigten einer bestimmten Ausbildungskategorie an den insgesamt Beschäftigten (unselbständig Beschäftigten und selbständig Beschäftigten) der entsprechenden Ausbildungskategorie. Im Jahr 2007 waren durchschnittlich 11% der gesamten Beschäftigten (unselbständig und selbständig Beschäftigte) selbständig tätig (siehe rote Linie in der Grafik). Somit wird erkennbar, dass im Jahr 2007 Personen ohne Schulabschluss oder lediglich mit Pflichtschul-

Jahr 2007	Unselbständige Beschäftigung	Selbständige Beschäftigung	**Beschäftigung**
maximal Pflichtschulabschluss	662.436	45.854	708.290
Lehre	1.307.106	145.056	1.452.162
Berufsbildende mittlere Schule (ohne Matura)	276.262	64.977	341.239
Allgemeinbildende höhere Schule	133.941	32.271	166.212
Berufsbildende höhere Schule	299.690	46.760	346.450
Universität, Hochschule, Akademie, Fachhochschule	473.015	45.632	518.647
K.A.	9.203	11.886	21.089
Ausbildungen alle	**3.161.654**	**392.436**	**3.554.090**

Quelle: mon_erwerb_epi

abschluss, mit einer Lehre sowie mit einer akademischen Ausbildung als höchste abgeschlossene Ausbildung unterdurchschnittlich selbständig tätig waren. Die geschlechtsspezifische Verteilung spiegelt diese Entwicklung wider. Im Jahr 2007 betrug der Anteil der selbständig beschäftigten Frauen an den insgesamt beschäftigten Frauen 9,3% (bei den Männern: 12,4%). Im Jahr 2007 waren Frauen mit einer höchst abgeschlossenen Ausbildung im Bereich einer berufsbildenden mittleren Schule oder einer Allgemein bildenden höheren Schule überdurchschnittlich selbständig. Bei den Männern waren jene mit einer berufsbildenden mittleren Schule, mit einer Allgemein bildenden höheren Schule sowie mit einer berufsbildenden höheren Schule überdurchschnittlich selbständig. Bezogen auf die akademische Ausbildung als höchst abgeschlossene Ausbildung waren sowohl Frauen als auch Männer im Bereich der Selbständigkeit im Jahr 2007 unterdurchschnittlich repräsentiert.

Anteil der unselbständig und selbständig Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigung der jeweiligen Ausbildungskategorie im Jahr 2007



4.4 Personen mit Migrationshintergrund

Definition der „Personen mit Migrationshintergrund“ im DWH

Unter Personen mit Migrationshintergrund werden im Erwerbskarrierenmonitoring (EKM) Personen verstanden, die über eine ausländische Staatsbürgerschaft verfügen (AusländerInnen[35]) oder bei denen im Zeitverlauf ein Staatsbürgerschaftswechsel[36] stattgefunden hat.[37] Das Personenmerkmal „Personen mit Migrationshintergrund“ wird aus der Kombination der zuvor erwähnten Attribute (AusländerInnen und Staatsbürgerschaftswechsel) generiert, die einmal im Jahr von Synthesis Forschung geliefert werden.

Vergleich der Anzahl von Personen mit Migrationshintergrund und AusländerInnen

Im Jahresdurchschnitt 2007 besaßen laut Erwerbskarrieremonitoring 1.200.556 Personen eine ausländische Staatsbürgerschaft, während in diesem Zeitraum insgesamt 1.481.659 Personen einen Migrationshintergrund lt. EKM-Definition aufwiesen. Sowohl bei den AusländerInnen als auch bei Personen mit Migrationshintergrund sind jedoch in beiden Fällen rund 400.000, Personen beinhaltet, für die im Jahresdurchschnittsbestand 2007 weder beim Hauptverband noch im AMS (Vormerk-)Daten vorliegen. Da für diesen Personenkreis Daten vor 2007 vorhanden sind und dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger keine Sterbemeldung vorliegt, kann angenommen werden, dass sich diese Personen in diesem Zeitraum im Ausland aufgehalten haben.

Um den Personenkreis „Unbestimmt bzw. Keine Daten“ bereinigt ergibt sich folgendes Bild. Im Jahresdurchschnitt 2007 besaßen 806.198 Personen eine ausländische Staatsbürgerschaft und 1.081.905 Personen konnte das Personenmerkmal „mit Migrationshintergrund“ zugeschrieben werden. Unterschiede hinsichtlich des Umfangs ausländischer Personen und Personen mit Migrationshintergrund sind insbesonders in den Altersgruppen zwischen 25 und 45 Jahre (+119.099) und ab 45 Jahre (+126.089) vorzufinden. Der

[35] Definition Synthesis; Als AusländerInnen werden alle Personen codiert, die lt. AMS oder HV eine ausländische Staatsbürgerschaft besitzen. Erfolgt eine Einbürgerung frühzeitig im Jahresverlauf (rd. März), wird die Zuschreibung bis zum Vorjahr geführt, erfolgt die Zuschreibung danach, wird das Merkmal bis zum Ende des Einbürgerungsjahres fortgeführt.

[36] Definition Synthesis; Die Variable Staatsbürgerschaftswechsel kennzeichnet alle Personen, bei denen im Zeitablauf ein Staatsbürgerschaftswechsel (unabhängig davon, ob der Wechsel zu einer österreichischen oder anderen Staatsbürgerschaft erfolgt) in den AMS- bzw. HV-Daten zu beobachten ist. Dieses Merkmal wird dauerhaft vergeben, d.h. im Falle eines Staatsbürgerschaftswechsels im Jahre 2005 bekommt diejenige Person dieses Merkmal sowohl für die vorhergehenden als auch für die nachfolgenden Jahre zugeschrieben.

[37] Damit unterscheidet sich das Konzept des Migrationshintergrunds im DWH vom statistischen Konzept der Bundesanstalt Statistik Österreich, die alle Personen, bei denen der Geburtsort der Eltern oder der eigene Geburtsort im Ausland liegt, als Menschen mit Migrationshintergrund erfassen. Die Staatsbürgerschaft spielt dabei keine Rolle. Dem gegenüber wurde im DWH versucht, auf Registerdatenbasis (AMS oder Hauptverbandsinformation) für jede versicherte Person mit möglichst „harten“ Informationen einen Migrationshintergrund abzubilden. Da die Information des Geburtsorts auf Registerdatenbasis weitestgehend fehlt, wurde auf die Staatsbürgerschaft zurückgegriffen.

Jahr 2007	AusländerInnen			Personen mit Migrationshintergrund		
	Frauen	Männer	Geschlecht	Frauen	Männer	Geschlecht
< 25 Jahre	73.956	82.301	**156.257**	86.209	100.569	**186.778**
>= 25 bis < 45 Jahre	182.726	209.927	**392.653**	243.011	268.741	**511.752**
>= 45 Jahre	106.226	151.061	**257.287**	167.397	215.979	**383.376**
Gesamt	**362.909**	**443.289**	**806.198**	**496.617**	**585.288**	**1.081.905**

Quelle: mon_erwerb_epi

Frauenanteil betrug bei AusländerInnen 45,0%, während dieser bei Personen mit Migrationshintergrund nur geringfügig um +0,9%-Pkte darüber lag.

Eckdaten

Von den rund 1,1 Millionen Personen mit Migrationshintergrund sind 496.617 Frauen (Frauenanteil 45,9%) und 585.288 Männer.

Annähernd ein Fünftel der Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft oder Eingebürgerte (186.778) waren unter 25 Jahre alt, etwas mehr als ein Drittel (383.376) über 45 Jahre. Die größte Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund entfiel auf die Alterklasse zwischen 25 und 45 Jahre (511.752).

Arbeitskräftepotential (inkl. Selbständige) der Personen mit Migrationshintergrund

Im Jahresdurchschnitt 2007 standen dem österreichischen Arbeitsmarkt insgesamt 687.357[38] Personen mit Migrationshintergrund zur Verfügung, wovon 87,8% bzw. 603.434 in Beschäftigung waren.

563.793 gingen einer unselbständigen Beschäftigung nach, 228.990 (40,6%) waren davon Frauen. Weitere 39.641 ausländische oder eingebürgerte Personen befanden sich in einer selbständigen Beschäftigung, der Frauenanteil betrug hier im Gegensatz zum Frauenanteil der unselbständig Beschäftigten lediglich 28,3%.

Von den 563.793 Personen mit Migrationshintergrund waren 67,2% im Dienstleistungssektor, insbesonders in den Branchen Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen (13,5%), Tourismus (11,7%) und Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (10,1%) unselbständig beschäftigt. Annähernd ein Drittel (31,3% bzw. 176.628) waren im Produktionssektor (v.a. Bau und Herstellung von Waren) und 1,3% im Primärsektor tätig.

Von den 2.950.656 Personen ohne Migrationshintergrund in Beschäftigung befanden sich 88,0% in einem unselbständigen Beschäftigungsverhältnis. Hier bestand mit 72,5% eine noch stärkere Konzentration auf den Dienstleistungssektor als bei Personen mit Migrationshintergrund. Bei den beschäftigten Personen ohne Migrationshintergrund war der Anteil der Selbstän-

[38] Unselbständig Beschäftigte, Selbständige und beim AMS vorgemerkte Personen

Jahr 2007	Mit Migrationshintergrund			Ohne Migrationshintergrund			Gesamt		
	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt
Unselbständige Beschäftigung	**228.990**	**334.804**	**563.793**	**1.174.678**	**1.423.183**	**2.597.861**	**1.403.668**	**1.757.986**	**3.161.654**
FUB[1)]	660	868	**1.528**	2.909	3.059	**5.968**	3.569	3.927	**7.496**
Beamte	2.143	4.681	**6.824**	87.278	164.983	**252.260**	89.421	169.664	**259.084**
Lehre	5.411	11.213	**16.624**	36.031	66.880	**102.911**	41.442	78.093	**119.535**
Arbeiter / Angestellte	219.090	316.237	**535.327**	1.038.849	1.177.440	**2.216.289**	1.257.939	1.493.677	**2.751.616**
Freie Dienstverträge	1.670	1.673	**3.343**	8.948	8.047	**16.994**	10.617	9.720	**20.337**
Sonstige UB	17	130	**147**	663	2.775	**3.439**	680	2.906	**3.586**
Selbständige Beschäftigung	**11.222**	**28.419**	**39.641**	**132.226**	**220.569**	**352.795**	**143.447**	**248.989**	**392.436**
Gewerbe[2)]	9.853	26.026	**35.878**	71.079	169.610	**240.688**	80.931	195.636	**276.567**
Landwirtschaft	1.369	2.394	**3.762**	61.147	50.960	**112.107**	62.516	53.353	**115.869**
Beschäftigung insgesamt	**240.211**	**363.223**	**603.434**	**1.306.903**	**1.643.752**	**2.950.656**	**1.547.115**	**2.006.975**	**3.554.090**
Arbeitslosigkeit	28.431	40.537	**68.968**	74.115	89.382	**163.496**	102.546	129.919	**232.465**
AMS-Qualifikation	7.830	7.125	**14.955**	19.185	16.444	**35.629**	27.015	23.569	**50.583**
AMS-Vormerkung insgesamt	**36.261**	**47.662**	**83.923**	**93.300**	**105.826**	**199.125**	**129.560**	**153.488**	**283.048**
Arbeitskräftepotential inkl. Selbständige	**276.472**	**410.885**	**687.357**	**1.400.203**	**1.749.578**	**3.149.781**	**1.676.675**	**2.160.463**	**3.837.138**

Quelle: mon_erwerb_epi

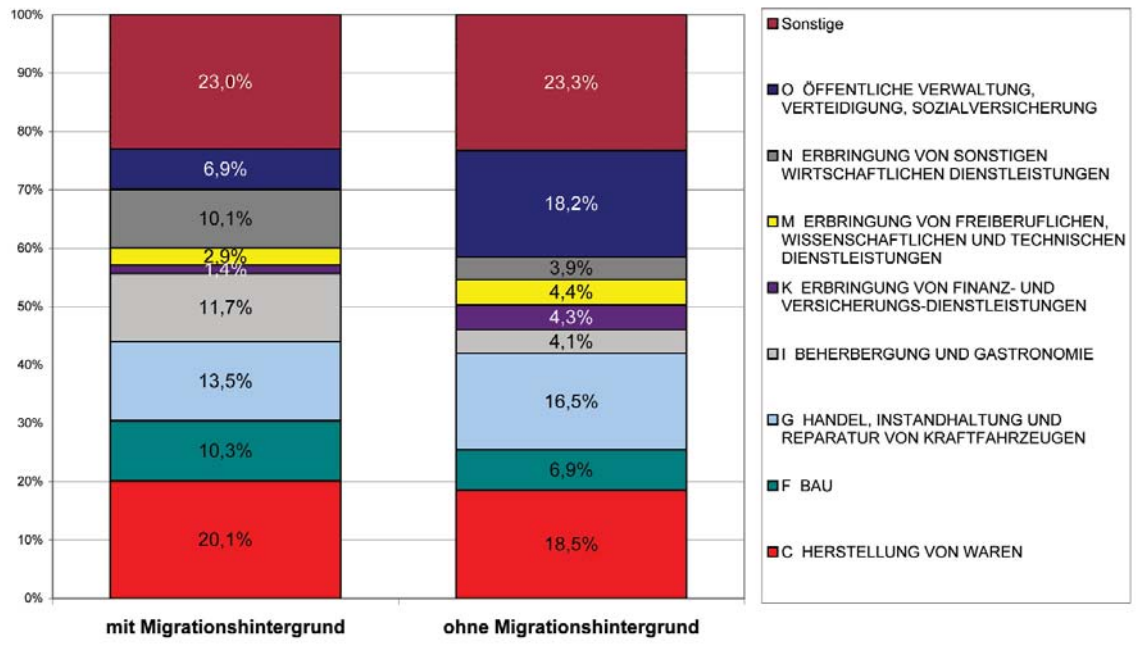
[1)] Fragmentierte unselbständige Beschäftigung

[2)] Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige und sonstige Selbständige

digen an der Gesamtbeschäftigung mit 12% annähernd doppelt so hoch als bei den ausländischen und eingebürgerten Personen.

Eine im Jahr 2007 beendete unselbständige Beschäftigung dauerte bei Personen mit Migrationshintergrund durchschnittlich mit 369 Tagen etwa nur halb so lange wie bei Personen ohne Migrationshintergrund (657 Tage). Aufgegliedert nach Branchen zeigt sich, dass lediglich in drei Branchen „Tourismus“ (-37 Tage), „Erbringung von sonstigen Dienstleistungen“ (-42 Tage) und „Kunst, Unterhaltung und Erholung“ (-47 Tage) die durchschnittliche Dauer einer im Jahr 2007 beendeten unselbständige Beschäftigung von ausländischen und eingebürgerten Personen annähernd der Dauer von Personen ohne Migrationshintergrund entspricht. Längere unselbständige Beschäftigungszeiten für Personen mit Migrationshintergrund waren lediglich in den folgenden Branchen mit relevanten Beschäftigungs-Abgangszahlen zu verzeichnen: „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ (+228 Tage) und „Gesundheits- und Sozialwesen“ (+147 Tage).

Anteile Unselbständig Beschäftigte nach ÖNACE 2008



Erfassung von unselbständiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Monitoring

Unselbständig Beschäftigte

Im DWH Monitoring des AMS werden Karenz- bzw. KinderbetreuungsgeldbezieherInnen mit aufrechtem Dienstverhältnis sowie Präsenzdiener - entgegen der offiziellen Hauptverbands-Statistik - nicht als beschäftigt ausgewiesen. In den offiziellen Zahlen des Hauptverbandes werden Beschäftigungsverhältnisse gezählt, während im Erwerbskarrierenmonitoring jeder Person zu jedem Zeitpunkt ein eindeutiger Zustand zugeordnet wird - die Personen werden im Bestand also nicht mehrfach gezählt.

Arbeitslose

Die offizielle Zahl der Arbeitssuchenden wird zum Stichtag sofort eingefroren, die Daten im Erwerbskarrierenmonitoring werden hingegen regelmäßig nachgerechnet. Rückwirkende Änderungen werden somit ebenso berücksichtigt. Zusätzlich werden Vormerkunterbrechungen von unter 29 Tagen im EKM nicht berücksichtigt und erhöhen damit die ausgewiesene Arbeitslosigkeit.

Beim Arbeitsmarktservice (AMS) waren insgesamt 83.923 Personen mit Migrationshintergrund vorgemerkt (Arbeitslose und SchulungsteilnehmerInnen; Frauenanteil 43,2%), wovon sich 14.955 (davon 52,4% Frauen) in einer AMS-Qualifizierungsmaßnahme befanden. Der Anteil von arbeitsuchenden Personen ohne Migrationshintergrund am Arbeitskräftepotential (inkl. Selbständige) betrug mit 199.125 6,3% und war im Jahresdurchschnitt 2007 in etwa um die Hälfte geringer als bei Personen mit Migrationshintergrund (12,2%).

4.5 Branchentreue im Tourismus

In Österreich konnten im Jahr 2007 510.780 Statuswechsel von Arbeitslosigkeit in unselbstständige Beschäftigung verzeichnet werden. Bei weiteren 304.387 Fällen kam es zu einem direkten Wechsel von einem unselbständigen Beschäftigungsverhältnis zu einem neuen Arbeitsplatz. Im Folgenden soll nun am Beispiel der Tourismusbranche untersucht werden, wie häufig mit dem Wechsel des Arbeitplatzes der gesamten Branche der Rücken gekehrt wird. Im Tourismus ist dabei als besonderer Aspekt zudem noch die Saisonalität zu berücksichtigen.

Das Thema Branchentreue soll hier nach zwei verschiedenen Gesichtspunkten analysiert werden.

a) Der kurzfristige Aspekt der Branchentreue kommt vor allem in der Saisonbeschäftigung zum Vorschein. Wie viele vorgemerkte Arbeitslose aus der Tourismusbranche kehren nach einer Arbeitslosigkeitsepisode wieder auf einen Arbeitsplatz in dieser Branche zurück? Als zweite Gruppe sind hier auch noch die direkten Arbeitsplatzwechsel zu zählen. Wie viele Arbeitsplatzwechsel finden innerhalb der Branche statt, wie viele werden dagegen zu einem Abgang aus diesem Bereich genutzt?

b) Als ein wesentlicher Indikator für die mittel- bis langfristige Branchentreue soll dagegen der Anteil der jeweiligen Altersgruppen, speziell der Älteren, an allen Beschäftigten in der Branche herangezogen werden. Somit kennzeichnet ein hoher Anteil an älteren Beschäftigten ein höheres Maß an Branchentreue als ein niedriger Anteil. Als zusätzliche Maßzahl für den längerfristigen Verbleib in der Branche wurde hier zudem der Verbleib der im Tourismus beschäftigten Personen über 5 Jahre analysiert.

Kurzfristige Branchentreue

Kurzfristig betrachtet weist die Tourismusbranche z.B. im Vergleich zum Handel eine sehr hohe Branchentreue auf. 77,0% von jenen, die im Tourismus arbeitslos wurden, wechseln von der Arbeitslosigkeit wieder in den Tourismus. Im Handel sind es gerade einmal 50,2%. Lediglich im Bauwesen ist die kurzfristige Branchentreue mit 79,7% sogar noch höher als im Tourismus. Speziell in diesen Bereichen ist natürlich zu beachten, dass die sogenannte kurzfristige Branchentreue durch die Saisonalität der Beschäftigungsverhältnisse stark beeinflusst wird, während dies ist im Handel in geringerem Ausmaß der Fall ist. Auf den Punkt gebracht arbeiten die Tourismus- wie auch die Baubranche aufgrund der Saisonalität verstärkt mit Kündigungen und Wiedereinstellungen. Diese Wiedereinstellungen verzerren das oben genannte Bild der Branchentreue. Um die Wiedereinstellungen bereinigt, erhält das Thema Branchentreue auch hier eine etwas andere Dimension. Mit 55,9% ergibt sich nunmehr auch im Tourismus ein deutlich geringerer Wert für den Branchenverbleib. Zum

Statuswechsel von AMS-Vormerkung in unselbständige Beschäftigung (ohne Wiedereinstellungen) im Jahr 2007 nach Branche

	Statuswechsel innerhalb der Branche	Anteil an allen Wechseln in der Branche	unter 25-Jährige	25 bis 44 Jahre	über 44 Jahre
Tourismus	25.326	55,90%	33,50%	49,30%	17,20%
Handel	20.295	39,80%	30,90%	53,60%	15,50%
Bau	14.976	46,50%	20,10%	55,20%	24,70%

Vergleich, im Bau bleiben, außerhalb der Wiedereinstellungen, 46,5% und im Handel 39,8% in der Branche.

Über die Branchentreue hinaus, in welchem Ausmaß verbleiben ehemals Tourismusbeschäftigte im Dienstleistungsbereich? Tatsächlich zeigt sich, dass die Neigung der im Tourismus arbeitslos gewordenen Personen zum Dienstleistungssektor mit 91,8% äußerst hoch ist. Auch im Handel sind es immerhin noch 84,7%. Im Vergleich dazu sind die Arbeitslosen im Bau nicht derart „sektortreu“: 56,9 % bleiben im Produktionssektor, 42,7 % wechseln in den Dienstleistungssektor.

Die Wechsel von Arbeitslosigkeit im Tourismus in Beschäftigung teilen sich wie folgt auf. 55,9% der Wechsel entfallen auf den Tourismus, 10,7% sind dem Handel zuzuschreiben, 10,1% entfallen auf die Branche „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ (in diese Branche fällt die Arbeitsvermittlung und Überlassung).

Von jenen 25.326 Wechseln von Arbeitslosigkeit im Tourismus in eine Beschäftigung im Tourismus (ohne Wiedereinstellungen) entfallen 33,5% auf Unter-25-Jährige und 17,2% auf ältere Personen (über 45 Jahre). Der Rest von 49,3% ist den Personen im Haupterwerbsalter zuzuschreiben.

Kurzfristige Branchentreue wird nicht nur über den Wechsel von Arbeitslosigkeit in unselbstständige Beschäftigung innerhalb einer Branche, sondern auch über den Wechsel von unselbstständiger Beschäftigung direkt in ein neues Beschäftigungsverhältnis innerhalb der Branche definiert. Im Vergleich zum Handel und zum Bau sind auch die Direktwechsler im Tourismus eher branchentreu. Bei 58,0% der insgesamt 35.405 Statuswechsel im Tourismus handelt es sich lediglich um einen Dienstgeberwechsel. Mehr als die Hälfte der Statuswechsel finden also innerhalb der Branche statt. Der Handel kommt mit 45.640 Statuswechseln insgesamt, auf einen Anteil

Statuswechsel von unselbständiger Beschäftigung in unselbständige Beschäftigung (ohne Wiedereinstellungen) nach Branche

	Dienstgeber-wechsel	Anteil an allen Wechseln in der Branche	unter 25-Jährige	25 bis 44 Jahre	über 44 Jahre
Tourismus	20.540	58,00%	34,50%	50,80%	14,70%
Handel	21.774	47,70%	28,50%	56,20%	15,20%
Bau	13.750	49,30%	20,30%	57,40%	22,30%

von 47,4%, der in der Branche bleibt. Im Bau sind es 49,3% von 27.911 Statuswechseln.

Gerade im Tourismusbereich ist der Anteil der Jüngeren an allen Statuswechseln auffällig hoch. 34,9% aller Statuswechsel von unselbstständiger Beschäftigung im Tourismus in unselbstständige Beschäftigung, egal welche Branche, fallen auf die unter 25-Jährigen. In den Branchen Handel und Bau betragen die Anteile jeweils 30,5% und 24,3%. Hingegen ist der Anteil der Wechsel Älterer im Tourismus, wie auch im Handel mit 13,6% aller Wechsel gegenüber dem Bau mit 18,4% vergleichsweise nieder.

Dieselbe Struktur ergibt sich auch bei den Dienstgeberwechseln. Die Jüngeren wechseln häufiger den Dienstgeber als die Älteren. Von den 20.540 Dienstgeberwechseln entfallen 34,5% auf die Jüngeren. Im Handel halten die Jüngeren einen Anteil von 28,5%, im Bau einen Anteil von 20,3% an den Dienstgeberwechseln. Im Tourismus sind die Unterschiede zwischen den Altersgruppen am stärksten ausgeprägt.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die kurzfristige Branchentreue im Tourismus im Vergleich zum Handel und zum Bau grundsätzlich ausnehmend hoch ist. Sowohl beim Wechsel von Arbeitslosigkeit in unselbstständige Beschäftigung, wie auch beim Wechsel von unselbstständiger Beschäftigung in unselbstständige Beschäftigung sind jeweils mehr als die Hälfte der Statuswechsel derselben Branche zuzuschreiben. Grundsätzlich ist zu sagen, dass die Jüngeren im Tourismus weit häufiger den Dienstgeber wechseln als ältere Personen. Ältere Personen (über 44 Jahre) können damit nicht nur als branchentreu, sondern vor allem auch als betriebstreu bezeichnet werden. Von allen Dienstgeberwechseln im Tourismus, also innerhalb der Branche, betreffen 14,7 % die Älteren. Im Bau ist es genau umgekehrt, hier wechseln innerhalb der Branche mehr Ältere als Jüngere ihren Dienstgeber.

Mittel- bis langfristige Branchentreue

Während die Tourismusbranche in der kurzfristigen Betrachtung eine überdurchschnittlich hohe Branchentreue aufweist, scheint hingegen dieser Wirtschaftszweig ein „Altern“ in dieser Branche nur zu einem wesentlich geringeren Teil zuzulassen. So waren im Tourismus im Jahr 2007 23,2% aller unselbständig Beschäftigten über 45 Jahre, in der Gesamtwirtschaft hingegen hatten die Älteren einen Anteil von 32,3% an allen Beschäftigten. Im Handel waren es 27,1% und im Bau 28%. Die Tourismusbranche arbeitet im Vergleich zu den anderen Branchen vermehrt mit jungen Arbeitskräften. 26,0% (15,3% in der Gesamtwirtschaft) aller Arbeitskräfte waren hier im Jahr 2007 unter 25 Jahren. Im Handel waren es 19,8%, im Bau 22,2%.

Die Älteren bleiben hingegen, sofern sie überhaupt in der Tourismusbranche arbeiten, eher der Branche treu, als die Jüngeren. 57,0% bzw. 22.911 der im Tourismus beschäftigten Älteren sind schon seit mindestens einem Jahr durchgehend in

einem Fremdenverkehrsbetrieb beschäftigt. Sicher kommt bei den Älteren auch die Saisonalität nicht mehr so stark zum Tragen. Bei den Jüngeren sind es hingegen „nur“ 29,8% also 13.456 von 45.080 Beschäftigten, die über ein Jahr durchgehend beschäftigt sind. Im Handel ist die Situation ähnlich. In dieser Branche sind 88,0% der Beschäftigten über 45 Jahre bereits über ein Jahr beschäftigt (Jüngere 52,1%).

Ein Längschnittanalyse des Branchenverbleibs über einen Zeitraum von 5 Jahren bestätigt den unterdurchschnittlichen längerfristigen Verbleib im Tourismus: Von 274.212 Personen die 2002 zumindest einen Tag ein unselbständiges Beschäftigungsverhältnis in diesem Bereich hatten waren im Jahr 2007 noch 45,2% in dieser Branche tätig. Im Bau liegen die Anteile hingegen bei 59,7%, im Handel bei 56,9% und im Gesundheits- und Sozialwesen bei 59,1%.

Allgemein ist die Verfestigung der Tourismusbeschäftigten im Erwerbssystem unterdurchschnittlich. Ein Viertel der 2002 im Tourismus unselbstständigen Beschäftigten weist 5 Jahre später keine unselbstständige Beschäftigung auf. Im Vergleich zu allen anderen untersuchten Branchen ist damit dieser Anteil am höchsten.

Generell kehren vor allem im Tourismus, langfristig, eher die Jüngeren als die Älteren der Branche den Rücken. Lediglich 36,3% der unter 25- Jährigen sind 2007 noch im Tourismus beschäftigt, im Bau sind es 54,0%, im Handel 47,1%. Hingegen sind 45,2% der Älteren auch nach 5 Jahren noch im Fremdenverkehr tätig. Jedoch lässt es sich im Vergleich zu den anderen Branchen auch bei den Älteren nicht unbedingt von langfristiger „Branchentreue“ sprechen. Immerhin sind im Bau 54,9%, im Handel 56,9% und im Gesundheitswesen sogar 59,1% der Älteren nach 5 Jahren noch in der gleichen Branche beschäftigt.

Es wird kaum eine monokausale Erklärung für die branchenspezifischen Unterschiede bei der langfristigen Branchentreue geben. Im Tourismus spricht sicher eine Anzahl von Faktoren gegen einen längerfristigen Verbleib. Ungünstigere Arbeitszeiten, körperliche Belastung, Spitzenbelastung in der Hochsaison und vieles mehr sind keine besonders guten Voraussetzungen für den längerfristigen Branchenverbleib. In der Folge ist der Anteil der älteren Beschäftigten im Tourismus mit 23,2% entsprechend niedrig. Dass allerdings auch in dieser Branche längerfristige Beschäftigungsverhältnisse möglich sind, zeigt der Verbleib von jenen Arbeitskräften die im Tourismus älter geworden sind. In diesen Fällen handelt es sich dann jedoch zum Großteil auch nicht mehr um Saisonarbeitsplätze. So sind 88% dieser Personen zumindest bereits mehr als ein Jahre durchgängig im gleichen Betrieb.

Fazit

Kurzfristig betrachtet weist die Tourismusbranche vergleichsweise eine sehr hohe Branchentreue auf. Diese Branchentreue ist über alle Altersklassen hinweg zu beobachten. Speziell die Älteren neigen dazu, nicht nur der Branche, sondern auch dem Dienstgeber treu zu bleiben. Das lässt sich auch an dem hohen Anteil an bis zu über 5 Jahren dauernden Dienstverhältnissen erkennen. Jedoch zeigt die Altersstruktur der Beschäftigten innerhalb der Branche, speziell im Tourismus, dass nur ein deutlich unterdurchschnittlicher Anteil der Arbeitskräfte in dieser Branche "alt wird“. Insgesamt bleibt damit der Tourismus nach wie vor eindeutig eine Branche für jüngere Arbeitskräfte.